

Der Zeitungs-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D22, Magasinstraße 6/7 II - Fernspr.: Königsplatz 1076 - Postfach-Nummer Berlin 5386 - Die Zeitung erscheint jeden Freitag

Bereitzeit seit ihr nichts - Bereitzeit alles!

Anzeigen die sechsgepartene Kleinzeile 15 Mark Anzeigen und Verbandsgebühren sind an Otto Schmal, Berlin D22, Magasinstraße 6/7 II, zu richten - Bezug nur durch die Post Preis vierteljährlich 9 Mark und Bestellgeld

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: (Hauptblatt): Zur Frage des Soziallohns. - Zum Streikabschluss in Augsburg, Bleichach und Immenstadt. - Zurück zum Zwölftag? - Zur Charakterisierung der christlichen Textilarbeiter. - Die Kirch-Dunder'schen Gewerkschaften auf dem Kriegspfade. - Die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenbewegung. - Arbeiterinnenräte in Strumpfformereien. - Zur Wahl der Lehrstellen. - Aus den Gewerkschaften. - Aus der Textilindustrie. - Soziale Rundschau. - Genossenschaftliches. - Gerichtliches. - Berichte aus Frankreich. - Literatur. - Bekanntmachungen. - Unterhaltungsteil: Luise Zieg.

wo die christlichen Gewerkschaften ausschlaggebend sind, die Löhne bedeutend niedriger. Sie sind nur höher dort wo die freien Gewerkschaften stärkeren Einfluß ausüben. Wenn tatsächlich in der Umrechnung die Löhne in einigen Fällen im Rheinland noch etwas höher sein sollten als in einigen Bezirken des Westens, so will dieses gar nichts besagen. Wir glauben, daß der Triumph von S. F. etwas zu verfrüht ist. Warten wir doch erst ein wenig ab, wie die Dinge weiter laufen. Man ist erst am Anfang mit dem Soziallohn. Wenn die Unternehmer zunächst die Grundlöhne nicht wesentlich niedriger gehalten haben, als anderwärts, wo der Familienlohn nicht besteht, so haben sie dies nur deshalb getan, damit die „Gimpel“ um so leichter auf die Leimrute der Unternehmer krochen. Es ist dies kein Beweis dafür, daß auf das gegenwärtige angeblühete Zudehnen nicht die Peitsche nachfolgt.

Aus diesen Gründen heraus fallen die Argumente, die S. F. für die Einführung des Soziallohnes sprechen läßt, in sich zusammen. Trotzdem wollen wir noch eins herausgreifen. S. F. sagt unter Ziffer 2 seines Artikels: „Ist der Familienlohn in der Textilindustrie notwendig, um die verheirateten Frauen und Mütter von der Fabrikarbeit frei zu machen und sie ihrem selbst gewählten Lebensberuf als Hausfrau und Mutter zuzuführen?“ S. F. verweist dann darauf, daß, wenn von 92 000 Mitgliedern des christlichen Textilarbeiterverbandes 33 000 verheiratet waren, von letzteren wiederum 130 000 verheiratete Frauen, die in Fabriken betrieben tätig waren. Er ist der Meinung, daß durch die Gewährung des Familienlohnes die verheiratete Frau aus der Fabrik herausgezogen werden könne, damit sie sich mehr ihren eigentlichen Aufgaben als Mutter widmen könne. Glaubt S. F. wirklich, daß dem Soziallohn die Zauberkraft innewohnt, die es ermöglicht, 15 Prozent der beschäftigten Textilarbeiter aus dem Produktionsprozess herauszuführen? Es ist dieses vollkommen undenkbar. Einen solchen Köhlerglauben kann nur jemand verapfen, der von der historischen Entwicklung der Fabrik und vor allem der Textilindustrie nicht den geringsten Bescheid weiß. Die Arbeit der verheirateten Frauen läßt sich nicht beseitigen, auch deshalb, weil heute die Not der Antreiber zur Frauenarbeit ist. In dem Augenblick, wo der Soziallohn diese Wirkung zur Folge hätte, würden die Unternehmer mit aller Energie gegen den weiteren Ausbau derselben kämpfen. Aber auch noch eins ist außerordentlich bedenklich, und zwar, das, wenn Fabrikanten die Familienzulage gekürzt wissen will, in dem Falle, wenn noch weitere Familienmitglieder mit verdienen. Wir meinen, daß man auf einer solchen Basis einen Arbeitslohn nicht aufbauen kann, dabei verstehen wir nicht, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, die den verheirateten Arbeitern, der mehrere Familienmitglieder zu versorgen hat, in irgendeiner Form geholfen werden muß. Aber dieses kann nicht direkt durch den Unternehmer geschehen, indem bei der Lohnzahlung der Familienstand berücksichtigt wird.

Zur Frage des Soziallohnes.

In der „Textilarbeiter-Zeitung“ Nr. 5 vom 4. Februar 1922 unternimmt S. F. (Heinrich Fahrenbach, Vorsitzender des Christlichen Textilarbeiterverbandes) den Versuch, der Einführung des Soziallohnes in der Textilindustrie das Wort zu reden. Daß er diese Frage nicht allein vom rein sachlichen, sondern vom agitatorischen Gesichtspunkte seiner Organisation aus behandelt, beeinflusst diese Auseinandersetzung die zur Klärung der Meinungsverschiedenheiten notwendig wäre, in der ungünstigsten Weise. Wir sind der Meinung, daß eine solche Frage unabhängig von der gewerkschaftlichen Richtung rein sachlich geprüft und entschieden werden müßte, und nur wenn dieses geschieht, wird das Interesse der Arbeiterschaft durch die Stellungnahme der Organisation gewahrt werden. S. F. schreibt:

Die Unternehmer geben das auch, wenn sie unter sich die Frage in erster Linie erörtern, unumwunden zu. In Nr. 30/1921 der Deutschen Arbeiterzeitung befindet sich ein Artikel, überschrieben: „Soziallöhne“. Es wird in demselben gesagt:

„Wir leben unter einem wirtschaftlichen Druck, der uns dazu zwingt, die Produktionskosten so niedrig wie möglich zu gestalten und demzufolge auch die Entlohnungsweise bestmöglichst dem tatsächlichen Bedarf jedes einzelnen Lohnempfängers anzupassen.“

Ein anderes wäre es vielleicht, wenn wir es nicht mit der gebliebenen Festlegung der 48 stündigen Wochenarbeitszeit zu tun hätten, denn dann böte sich dem leistungsfähigen Mann immerhin Gelegenheit, über das Maß des Durchschnittsverdienstes hinaus zu erwerben, was er in Sachen der Versorgung seiner Angehörigen unbedingt nötig hat. So wie die Dinge indessen liegen, scheidet diese Möglichkeit vollkommen aus, und es würde... alsbald dazu kommen, daß die Lohnhöhe sich im allgemeinen automatisch dem Bedarf derjenigen Arbeiter anpaßt, deren Familien die größte Kopfzahl aufzuweisen haben, d. h. also, es würden die Junggesellen mehr verdienen, als sie zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten brauchen, während die Familienväter allenfalls ihr knappes Durchkommen haben.

Wir haben bereits in einem früheren Artikel auf die großen Bedenken, die wir gegen die Einführung des Soziallohnes haben hingewiesen, und es hat noch niemand den Versuch unternommen, diese Bedenken ernsthaft zu zerstreuen. Wir werden deshalb an unserer Auffassung festhalten. Die Sorge für die großen Familien ist ohne Zweifel eine sittliche Pflicht der gesamten Gesellschaft, und hier müssen von Reichs wegen Mittel und Wege gesucht werden, für diese Familien einen Ausgleich zu schaffen. Ein derartiges System besteht heute bereits in Oesterreich. Vielleicht läßt sich in der gleichen Form auch bei uns ein Weg finden. Niemals aber dürfen wir die Tarifverträge damit belasten, weil wir damit nur lediglich dem Unternehmerinteresse Vorwanddienste leisten würden. Das Streben der Unternehmer geht dahin, auf Kosten des Soziallohnes die Tarifgrundlöhne niedrig zu halten. Sie wollen die Lohnquote herabdrücken. Dieses ist den Unternehmern besonders in M.-Glabbadach auch gelungen. Dieses Bestreben der Unternehmer werden wir nimmer unterstützen.

Nach den von unserem Verband angestellten Erhebungen ist es nicht richtig, daß dort, wo der Familienlohn eingeführt ist, die Tariflöhne niedriger sind als in jenen Bezirken, wo kein Familienlohn besteht. Alle größeren Tarifverträge in Rheinland und Westfalen, wo unser Verband ausschlaggebend die Vereinbarungen beeinflusst, sehen den Familienlohn vor. Die Lohnsätze dieser Tarifverträge sind trotzdem fast ausnahmslos höher, zum Teil um mehrere Mark pro Stunde höher, als in den Tarifgebieten, wo die gleichartigen Artikel herzustellen werden und kein Familienlohn besteht. Man vergleiche nur die Tariflöhne der Tuchweber in Aachen mit denen in Forst, der Seifenspinner und Baumwollweber in Westfalen und M.-Glabbadach mit denen in Bayern und Schlesien, der Färber, Appreturarbeiter, Sammet- und Seidenweber, Teppichweber und Bandweber in Crefeld und im Wuppertal mit denen in Sachsen nach dem Stande vom 1. Januar 1922; dann kann niemand mehr behaupten, daß in den Tarifgebieten mit Familienlohn die Lohnsätze geringer sind als in den Gebieten ohne Familienlohn. Es muß vielmehr festgestellt werden, daß die im Westen gemachten Annehmungen für den Familienlohn in Nord-, Mittel- und Süddeutschland in die Taschen der Textilunternehmer fließen.

Die damit bewirkte Mehrbelastung des Lohnkontos aber würde unstrittig der Absatzfähigkeit der deutschen Produkte auf dem Weltmarkt die schwersten Hemmnisse bereiten.

Die Unternehmer haben aber auch bereits Feststellungen gemacht, aus denen hervorgeht, daß der Soziallohn automatisch Senkung der Gesamtlohnsumme bedeutet. Die Arbeiterzeitung sagt darüber:

Von ebenso wesentlichem Belang will uns überdies der Versuch einer Feststellung dessen erscheinen, was an Produktionskosten infolge der niederen Entlohnung der jüngeren, unverheirateten Arbeiter tatsächlich erspart worden ist. Nach dieser Richtung hin liegen uns mehrere Berichte vor, denen zufolge Ersparnisse bis zu 10 Prozent derjenigen Summe erzielt wurden, die bei gleichmäßiger Entlohnung des für einen verheirateten und kinderreichen Arbeiter in Betracht der Feuerungsverhältnisse unbedingt erforderlichen Stundenlohnes hätte verausgabt werden müssen.

Zum Streikabschluss in Augsburg, Bleichach und Immenstadt.

Am 12. Oktober 1921 wurde durch den Deutschen Textilarbeiterverband, Gau Bayern, und dem Zentralverband Christlicher Textilarbeiter Deutschlands das Lohnabkommen vom 3. September 1921 gekündigt. Zur Begründung der Kündigung des Tarifabkommens wurde u. a. gesagt, daß die neuerlichen Preissteigerungen für wichtige Lebensmittel hierzu Anlaß gaben und ferner, daß die Differenz in der Entlohnung zwischen den 20jährigen und den über 25 Jahre alten Arbeitern eine zu große sei. Ferner, daß die Frauenlöhne im Gegensatz zu den Männerlöhnen stark benachteiligt wären und daß die Akkorddurchschnittslöhne in den Vorwerken der Spinnereien und Webereien viel zu niedrig seien. Es wurden dann noch bestimmte tarifliche Änderungen in Vorschlag gebracht, die eine Besserung der bisher unzutrefflichen Verhältnisse herbeiführen sollten. Am 28. November 1921 traten dann die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu Verhandlungen zusammen, die aber zu einem Ergebnis nicht führten. Die Verhandlungen scheiterten deshalb, weil die Unternehmer an Stelle der bisherigen zwei Ortsklassen vier Ortsklassen zur Einführung bringen wollten und ferner, daß die bisher erzielten Akkordüberschüsse abgegriffen werden sollten. Dieses Verlangen der Unternehmer war durchaus unverständlich und mußte ohne weiteres

Er behauptet also, daß der Verband Christlicher Textilarbeiter die Interessen der Arbeiterschaft wirksamer vertritt, als die Konkurrenzorganisation. Überprüft man diese Angaben näher, so ist zunächst eins richtig zu stellen, und zwar das, daß nicht durch christliche Gewerkschaften der Familienlohn im Rheinland und Westfalen zur Einführung gelangt ist, sondern größtenteils gegen den Willen der Arbeiterschaft durch die Unternehmer der Arbeiterschaft aufgezwungen wurde. Wenn die Argumente, die S. F. für die Einführung des Soziallohnes anführt, richtig sind, dann hätten sich im Rheinland die Arbeitgeber das Verdienst- und nicht die Christlichen Gewerkschaften - erworben, sozialausgleichend zu wirken.

Hier haben wir den striktesten Beweis, daß die Gesamtlohnsumme gekürzt wird. In obigem Beispiel ist das bis zu 10 Prozent der Fall. „Die Soziallöhne abschaffen, dort, wo sie bestehen“, so sagt die Arbeitgeber-Zeitung weiter, „würde für viele Industrie- und Gewerbebezirke eine Heraushebung der Löhne bedeuten, die geradezu katastrophal wirken müßte.“

Von rein menschlichen Gesichtspunkten aus kann man sehr wohl für den Soziallohn eintreten, allein in der Lohnfrage scheidet menschliches und soziales Empfinden von vornherein aus. Hier entscheiden andere Kräfte, die eng mit der kapitalistischen Produktion verbunden sind, und alle besseren, sittlichen und moralischen Regungen beiseite schieben. Das Streben der Unternehmer, möglichst die Lohnquote niedrig und die Gewinnquote hoch zu gestalten, ist eine Erscheinung, die mit der kapitalistischen Produktion innig verknüpft ist. Hier entscheiden ganz reale Tatsachen. Angebot und Nachfrage und rein wirtschaftliche Kräfte schaffen die Basis, auf welcher die Lohnsätze festgelegt werden. Diese wirtschaftlichen Kräfte müssen auch alle wirtschaftlichen Machtfaktoren, die auf die Lohnfestsetzung einen Einfluß ausüben, in ihrem Wirken stark beeinträchtigen. Die Unternehmer haben überall dort, wo sie den Familienlohn zur Einführung brachten, nicht aus sozialem und menschlichem Empfinden gehandelt, sondern rein egoistische Gründe waren für die Einführung des Soziallohnes maßgebend.

Will S. F. uns in Wirklichkeit glauben machen, daß die Unternehmer aus sozialem Empfinden gehandelt haben? Niemals! Sie haben lediglich in ihrem Profitinteresse gehandelt. Ein Blick auf die Lohngestaltung im M.-Glabbadacher Bezirk beweist uns dieses eindeutig. Es trifft nicht zu, daß die im Westen gemachten Annehmungen für Familienlöhne in Mittel- und Süddeutschland in die Taschen der Textilunternehmer fließen, im Gegenteil, die Grundlöhne sind in westlichen Bezirken höher, als in Rheinland und Westfalen und namentlich dort, wo die Familienlöhne eingeführt sind. Dabei ist aber zu beachten, daß in Rheinland und Westfalen seit jeher die Löhne höher waren, als in den östlichen und nördlichen Gebieten des Reichs. Dieses, lange bevor die christlichen Gewerkschaften entstanden. Dieses trifft jedoch heute in keiner Weise mehr zu. Im Gegenteil sind die Bezirke

Luise Zieg.

Ein Nachruf von Alfred Henke.

Die Reihen der Kämpfer und Kämpferinnen aus jener Generation, der Luise Zieg angehörte, beginnen sich zu lichten. Am 25. März 1865 zu Bargeheide, einem kleinen Ort in Schlesien, als Tochter eines Haarruchwebers geboren, kam sie im Jahre 1892 zur Sozialdemokratie. Es war die Zeit, in welcher ein Jahr zuvor das Sozialistengesetz gefallen, die Erinnerung daran in der Partei aber noch sehr lebhaft war. Zugleich war es bekanntlich die Zeit des beginnenden gewaltigen Aufstieges der gesamten deutschen Arbeiterbewegung. Wenn es 1892 auch mit der Gewerkschaftsbewegung noch nicht so vorangehen wollte, wie deren prominenten Führer es wünschten, so begann doch bald auch ein eminentes Wachstum der Arbeiterorganisationen für den wirtschaftlichen Kampf. Eines der Zentren, in denen damals wie zwischen Kapital und Arbeit so zwischen der klassenbewußten Arbeiterschaft und den staatlichen Organen, besonders der Polizei, der Kampf besonders scharf und lebhaft geführt wurde, war Hamburg. Hier strebte der junge deutsche Imperialismus, der 1914 an der Marne sein Jena finden sollte, mit großem Ungestüm voran. Hier zeigte ein mächtiges Unternehmertum, das durch Organisation seine Kräfte sammelt und verstärkt hatte, in der ersten großen Mairausperrung, wessen sich die Arbeiterschaft von ihm zu rächen hatte. Gerade in Hamburg aber stand die Arbeiterschaft wohl am stärksten mit unter dem Eindruck der sozialistengesetzlichen Tradition. Hier hatte sie sich die besten Organisationen und in dem „Hamburger Echo“ eine wichtige Waffe für den Klassenkampf geschaffen. Hamburg war damals vielleicht die bedeutendste Hochburg der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Im nahen Sachsenwald aber hauste Bismarck, der die Sozialdemokratie hatte vernichten wollen, bei dem sich der Groll über seinen Sturz mit der Wut über den jüngsten Wahlsieg der verhassten Noter vereinte, um ihn fortan hinter dem in rascher Fahrt sich bewegenden Reichswagen klaffen zu lassen. Für die Arbeiterschaft eine stete Mahnung an das, was dieser Mann ihr zugefügt hatte und was sich bald wiederholen konnte, wenn sie nicht allezeit auf dem Posten war.

Broschüren aus andern Verlagen dem Wissensdrang reichliche Nahrung boten; die Hamburger und Altonaer Arbeiter gründeten auch Bildungsvereine, in denen systematisch die Einführung in die hehre Gedankenwelt des Sozialismus betrieben werden sollte. In den Hamburger Gewerkschaften wurde eine äußerst rege Vortragstätigkeit entfaltet und bei all den Erörterungen über die Wertung der Gewerkschaften, der Arbeitslosenunterstützung innerhalb derselben und was derartige Streitfragen mehr waren, standen das Hamburger Gewerkschaftsstatut und die Hamburg-Altonaer Arbeiterzeitung in erster Reihe.

Just nach diesem Hamburg war Luise Zieg verschlagen worden, nachdem ein Versuch zur Erlernung des Kindergärtnerinnenberufes, wozu letzteren sie in sich zu verspüren geglaubt hatte, fehlschlagen war, obwohl sie zu dem Zweck für einige Zeit eine Fröbelschule besuchte. In der Schule der Erfahrungen wurde dann wohl zunächst der Boden für die Aufnahme sozialistischer Ideen bei ihr vorbereitet. Eine starke Beobachtungsgabe, ein scharf erfassender Verstand, der nicht an der Oberfläche der Erscheinungen haften blieb, ein vorzügliches Gedächtnis und ein kampftrohes, tiefführendes und gegen alle Unterdrückung sich bäumendes Herz förderten die Empfanglichkeit für die Saat des Sozialismus und ließen die leidenschaftliche Kämpferin für ihn schnell heranreifen.

Im Jahre 1892 trat Luise Zieg in die Arbeiterbewegung ein und seitdem kannte ich sie. Im Hamburger Bildungsverein legte sie den Grund für ihre umfassenden Kenntnisse. Was sie von den Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus - materialistische Geschichtsauffassung und Mehrwertlehre - zu ihrem geistigen Eigentum gemacht hatte, das wurde bald in zahlreichen Vorträgen, die sie hielt, mehr aber noch bei den Ende der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts beginnenden Auseinandersetzungen mit den Revisionisten deutlich erkennbar. Es gab keine, mit bekannt gewordene, aus Proletarierreisen hervorgegangene Agitatoren, die ihr darin gleichkommen wäre. Auch auf den Parteitag machte sich das bald bemerkbar, besonders als in Jena die „Neue Zeit“ unter Rautschs Redaktionsführung heftig von den Revisionisten attackiert wurde.

Doch nicht nur theoretisch satte sie zu werden war Luises Bestreben, auch der Arbeiterschutzesgesetzgebung, besonders aber der Kinderzuschlaggesetzgebung wandte sie ihr lebhaftes Interesse zu. Was sie auf diesem Gebiet und auf dem Gebiet der sogenannten „Frauenbewegung“ gewirkt hat, ist in mancherlei Publikationen nieder-

gelegt. Im Jahre 1908 wurde sie in den Parteivorstand gewählt, wo ihr besonderes Ressort im Tätigkeitsbereich des Frauenbureaus lag.

Nachdem der Krieg ausgebrochen war, folgte sie zunächst dem vom Parteivorstand und von der Generalkommission der Gewerkschaften eingeschlagenen Kurse der sogenannten Kriegshilfe. Als es aber wegen der Kriegspolitik des reformistischen Teils der Sozialdemokratie zur Spaltung kam, stand sie bei uns.

Einen besonderen Artikel würde die Schilderung ihrer parlamentarischen Tätigkeit in der Nationalversammlung und im Reichstag erfordern. In Kommissionen wie im Plenum war sie so eifrig wie erfolgreich tätig. Auch im Parlament muß Arbeitsteilung sein. Die Verstorbenen nahen sich u. a. mit Energie der Beamten an. Was sie für diese geleistet hat, werden diese am besten zu erkennen vermögen. Es häuften sich die Beweise für den Fortschritt dieses Erkennens und für das Wachstum der dankbaren Anerkennung dafür in den Beamten- und Angestelltenkreisen.

Eine hervorragende Kämpferin ging mit Luise Zieg dahin. In Tausenden Versammlungen, in zahlreichen Artikeln und in Broschüren hat sie unaufhörlich, mit immer regem Eifer und größter Hingabe dem Proletariat gesagt, was ihm zu sagen sie als notwendig und als ihre besondere Pflicht und Aufgabe erkannt hatte.

Was sie dem Proletariat war, kann dieses am besten an dem Satz ermessen, mit dem sie von Beginn ihrer agitatorischen Tätigkeit an die Gegner des Proletariats und des Sozialismus in reichstem Maße und größter Struppellosigkeit bedacht haben.

Das Proletariat kann die nicht im Glücksquätern entlohnene, die für es kämpfen. Wenn seine Gegner immer wieder glauben machen wollen, daß die „Führer“ und „Führerinnen“ ein Leben in dulci júbilo führen und Arbeitergrößen dabei verpassen, so ist das nichts anderes als gemeinste Verleumdung und entspringt niedrigster Denkart, die den Nebenmenschen nur nach dem beurteilt, was man selbst für das Glück hält. Was aber das Proletariat zu vergeben hat und es ist nicht wenig; das wird der in den Seelen gestorbenen Kämpferin Luise Zieg in reichem Maße zuteil werden. Den höchsten und schönsten Lohn aber für alles, was sie leistete und im Kampfe litt, war die unausrottbare Überzeugung von der Sieghaftigkeit des Sozialismus. Ihm hat die denkende und selbständig gewordene Kämpferin gelebt, im Glauben an ihn und seine Größe ist sie gestorben. (Freiheit.)

einen Abbruch der Verhandlungen herbeiführen. Die Einführung weiterer Ortsklassen konnte sachlich in keiner Weise begründet werden. Die Abtreibung der bis dahin erzielten Akkordüberschüsse aber mußte die Wirkung auslösen, daß das Akkordsystem selbst in der schlimmsten Weise verletzt wurde. Die Arbeiterschaft konnte deshalb nicht auf das Verlangen der Unternehmer eingehen. Nach diesen ergebnislosen Verhandlungen riefen die Unternehmer das Landeseinigungsamt als Vermittlungsinstanz an. Das Schiedsgericht trat am 3. Dezember 1921 zusammen und kam dem Wunsch der Unternehmer in keinem Schiedspruch insoweit entgegen, daß es zu den bisherigen zwei Ortsklassen noch eine dritte Ortsklasse anerkannte. Ferner brachte er eine starke Verschlechterung der bisherigen Lohnsätze, indem in Betrieben, wo 80 Prozent Frauen beschäftigt sind, nur Frauenlöhne gezahlt werden sollen. Hierdurch wurde der bisher bestehende Grundlag, daß bei gleicher Arbeit und Leistung der Lohn für Männer und Frauen gleich sein soll, verletzt. Die Normalstundenlöhne, die der Schiedspruch festlegte, entäußerten allgemein, und zwar deshalb, weil in der gesamten Textilindustrie in allen Gegenden Deutschlands höhere Löhne gezahlt wurden, als wie sie der Schiedspruch festlegte. Zu bedauern ist dabei, daß der Schiedspruch einstimmig gefaßt wurde.

Während nun die Unternehmer dem Schiedspruch zustimmten, lehnte die Arbeiterschaft — aus begrifflichen Gründen heraus — denselben ab. Die Unternehmer gingen dann in einem weiteren Lohnangebot über die Lohnsätze des Schiedspruches hinaus. Trotzdem kam ein Tarifvertrag nicht zustande. Die Unternehmer versuchten nun auf Grund ihres Lohnangebots und der Lohnsätze, wie sie in dem Schiedspruch niedergelegt sind, die Angelegenheit zu regeln, und zwar in der Weise, daß die Akkordüberverdienste nicht mehr über 15 resp. 20 Prozent über die festgelegten Lohnsätze hinaus gehen sollten. In den Betrieben der Mechanischen Spinnerei und Weberei Blaichach und in der Seilerwarenfabrik Jmmenstadt wurden die Akkordlöhne derart festgelegt, daß auch der fleißigste Arbeiter nichts über die Normalstundenlöhne hinaus verdienen konnte. Recht kraß trat dies Verhältnis bei der Baumwollspinnerei in Blaichach hervor; es war nur ganz wenigen Arbeitern gelungen, 4 Pfennige pro Stunde über die Akkordlöhne hinaus zu verdienen. Eine derartige Lohnfestsetzung muß selbstverständlich jede Akkordarbeit über den Haufen werfen. Es ist ganz erklärlich, daß die Arbeiterschaft aus diesem Grunde heraus die Forderung aufstellte: Abschaffung der Akkordarbeit. Für jeden, der über das Wesen der Akkordarbeit Bescheid weiß, bleibt es unverstänlich, daß die Firmen von der Arbeiterschaft verlangten, in Akkord zu arbeiten, aber schließlich auf der anderen Seite das Ergebnis fleißiger Akkordarbeit für sich reklamierten. Das Verlangen der Unternehmer war direkt widersinnig.

Zum andern kam aber noch, daß man in Blaichach und Augsburg von den Arbeitern verlangte, drei Werkstühle zu bedienen. Auch hier haben die Unternehmer lediglich versucht, der Arbeiterschaft eine größere Mehrarbeit aufzuhalsen, ohne daß diese Mehrarbeit in höheren Lohnsätzen ihren Ausdruck gefunden hätte. Die Betriebsräte wurden von den Unternehmern in diesen Fragen nicht gehört.

Die Arbeiterschaft verweigerte deshalb mit Recht die Bedienung des dritten Stuhles. Die Forderung der Arbeiterschaft: Abschaffung der Akkordarbeit, die Verweigerung der dritten Stuhlbedienung führte dann zu Arbeiterentlassungen in der Mechanischen Baumwollspinnerei Augsburg. Die übrige Belegschaft des Werkes erklärte sich dann mit den entlassenen Arbeitern solidarisch und legte die Arbeit nieder. Aus diesen Ursachen heraus erfolgten dann auch die Arbeitsniederlegungen in den oben genannten Betrieben. Nach mehreren Verhandlungen der Verbandsinstanzen und der Landeseinigungsämter gelang es dann, mit den einzelnen Firmen Vereinbarungen zu treffen, nach welchen die Direktion eine Lohnzulage garantierte, wie sie den Richtlinien des Arbeitgeberverbandes entsprach. Auf Grund dessen nahmen die Arbeiter die Arbeit wieder auf, und es erfolgte dann eine im Sinne der Arbeiterschaft günstigere Regelung der Akkordlöhne.

Infolge der unzulänglichen Regelungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Süddeutschen Textilindustriellen-Verband und auch dadurch, daß ein Tarifvertrag nicht zustande gekommen war, war die Arbeiterschaft in Süddeutschland ziemlich stark erregt. Der Gedanke des Streiks hatte überall in der Arbeiterschaft Wurzel gefaßt, und dieser Anlaß, der zu Aussperrungen und Teilstreiks der Arbeiterschaft in Augsburg, Blaichach und Jmmenstadt geführt hatte, hätte sehr leicht Anlaß geben können, größere Teile der Arbeiterschaft in den Streik nachzuziehen. Nur durch das rechtzeitige Eingreifen des Zentralvorstandes ist dieses verhindert worden. Jedenfalls werden aus dieser Bewegung auch die Textilindustriellen in Süddeutschland die Lehre ziehen, daß man der Arbeiterschaft anders entgegenkommen muß, als dies bisher geschehen ist. Im anderen Falle wird sich eine Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit doch auf die Dauer nicht verhindern lassen. Es wird im eigenen Interesse auch des Bayerischen Textilindustriellen-Verbandes Regen, die Scharfmacher genügend zurückhalten.

Während der Bewegung waren Kräfte am Werke, die aus derselben eine allgemeine Bewegung resp. einen allgemeinen Streik für ganz Süddeutschland machen wollten. Es war ein jüdischer Spul von den Generalkreisläuf. Vor allem war es die „Bayerische Arbeiter-Zeitung“, die kräftig mit dem Generalkreisläufer sich warf. Die Arbeiterschaft hat aber sich von mehr Verantwortlichkeit leiten lassen als die Redaktion der „Bayerischen Arbeiter-Zeitung“, sie lehnte den Generalkreisläufer ab. Nachdem die Verbandsinstanzen Vorlage getroffen hatten, daß die Streiks illegalisiert blieben, versuchten Betriebsräte, die einer bestimmten politischen Richtung angehörten, auf Umwegen zu ihrem Ziel zu kommen. Sie stellten den Antrag an den Augsburger Gewerkschaftsverein, eine Vollversammlung der Betriebsräte einzuberufen, die zu dem Streik der Textilarbeiter Stellung nehmen sollte. Obwohl unser Verbandsleitung dem Gewerkschaftsverein mittelste, daß sie kein Interesse an der Einberufung einer Vollversammlung der Betriebsräte habe, trotzdem kam wider Erwarten diese Versammlung zustande. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Lohnbewegungen nicht von den Betriebsräten geführt werden können, sondern daß dies lediglich Sache der Organisation selbst sein muß. Hier können nur die Verbandsinstanzen entscheidend eingreifen, aber niemals Organe, deren Aufgaben auf ganz anderen Gebieten liegen. Es geht nicht an, daß eine Betriebsräte-Vollversammlung einer Organisation bestimmte Weisungen über die Führung eines Lohnkampfes zu geben sich annimmt. Wenn die Betriebsräte in einer größeren Industriestadt über einen größeren Streik informiert sein wollen, so kann man dem wohl sehr zustimmen und ihnen die Information zuteil werden lassen; aber diese Versammlung kann dann nicht kritisch zu einem Kampfe Stellung nehmen, sondern kann lediglich das entgegennehmen, was informativ Zweck dienlich ist. So aber, wie die Vollversammlung der Betriebsräte in Augsburg ausgefallen war, mußte sie den Glauben erwecken, als hätten die Betriebsräte ein Recht der Kritik, um die Bewegung in ihrem Sinne zu beeinflussen. In ihrer ganzen Auswirkung hat die Vollversammlung nichts anderes getan, als sich in einer unfaßlichen Kritik zu bewegen. In unserer langen Tätigkeit ist es uns noch nicht vorgekommen, daß die Mitglieder anderer Organisationen sich in die Angelegenheiten einer anderen Organisation einmischten, wie dies in Augsburg geschehen ist. Wir müssen uns gegen diese Art ganz entschieden wehren. Dabei haben die Betriebsräte der Textilarbeiter und auch Vorstandsmitglieder der Filiale Augsburg mit ihrer Kritik in dieser Vollversammlung an ihrem eigenen Verband eine nicht gerade beneidenswerte Rolle gespielt. Den Vogel aber von allen schloß der Geschäftsführer Bernthaler vom Metallarbeiterverband ab, welcher glaubte, in einer unerhörten Weise an der Leitung des Textilarbeiterverbandes Kritik üben zu

müssen. Wer Bernthaler das Mandat zu dieser Kritik gegeben hat, wissen wir nicht, jedenfalls entsprang dies der eigenen Annahme. Bernthaler hielt es z. B. für das größte Verbrechen, daß seit 28. November v. J. ein vertragsloser Zustand bestanden habe. Schon aus diesem heraus erkennt man, was für eine „Leuchte“ der Führer der dortigen Metallarbeiter ist. Wenn wir nicht annehmen müßten, daß sein Auftreten durch die gegenwärtige Sachingszeit zu stark beeinflusst worden wäre, so hätten wir tatsächlich die Befürchtung, daß ihm noch Schlimmeres zustoßen könnte. Hoffentlich wendet sich dieser unheilvolle Einfluß bald von ihm ab. Wenn Bernthaler dann noch im „Hennebacherplatz“ sprach, dann war er so recht auf der Höhe, dann jubelte ihm die Vollversammlung der Betriebsräte so recht zu. Der Geschäftsführer Bernthaler vom Metallarbeiterverband war jedenfalls der Clown des Abends. Ungenügend erlebte in diesem Fall das Gehirn schmalz. Von einem Gewerkschaftsangehörigen sollte man etwas mehr Tatkraft voraussetzen; aber nur ein Schelm gibt mehr, als er hat.

Die Bewegung ist trotz dieser Seitenprünge zum Abbruch gebracht worden. Eins möchten wir aber am Schluß noch erwähnen. Unsere Kollegen, seien es die im Betriebe tätigen Kollegen, oder diejenigen, die bereits als Angestellte für die Organisation tätig sind, sie mögen sich bei Einleitung von Bewegungen, und seien es auch Abwehrbewegungen, so recht ihrer großen Verantwortlichkeit bewußt sein. Solange die Verhandlungsmöglichkeiten nicht alle erschöpft sind, darf es niemals zum Streik kommen. Der Streik ist ein sehr zweischneidiges Schwert und trifft in allen Fällen heute in der fühlbarsten Weise auch die Streikenden, auch dann, wenn der Streik mit vollem Erfolg beendet wird. Der Streik darf immer nur das letzte Mittel sein; er darf nur angelegt werden, wenn es einen anderen Ausweg nicht mehr gibt.

Zurück zum Zwölfstundentag?

Die Leserin, der Leser weiß, daß starke Kräfte am Werke sind, der Arbeiterschaft den achtfündigen Arbeitstag zu nehmen, sie ahnen aber wohl kaum, daß man ihr sogar zumutet, statt acht Stunden nicht etwa neun oder zehn, sondern zwölf Stunden täglich zu arbeiten. Diese Zumutung wird ihr wenigstens gestellt in einem Heftchen, betitelt Die Folgen der verkürzten Arbeitszeit, von Dr. Rittershausen, Rassel. Angeblick ist von diesem (achtfündigen) Heftchen schon die zweite Auflage — in einem Umfange von 10 000 Exemplaren — erschienen. Da das Schriftchen umsonst an die Arbeiterschaft in den Fabriken verteilt wird, dann man glauben, daß es schon große Verbreitung gefunden habe. Aus dieser Verbreitung läßt sich auch erklären, daß der Nachdruck des Schriftchens verboten ist; der Herausgeber kann, glaubt er wohl, auf weitere Verbreitung seines Heftchens durch Nachdruck verzichten. Oder will er vielleicht durch das Nachdruckverbot eine kritische Besprechung des Heftchens verhindern? Das scheint uns das Wahrscheinlichere zu sein, denn eine weitere Verbreitung durch Nachdruck müßte ihm doch, auch wenn sie überflüssig erscheint, angenehm sein. Hoffentlich gestattet er uns wenigstens den Abdruck des Wortes, das dem Werkchen vorangeht: „Vorbereitung ganzer Gruppen Werttätiger ohne Mehrleistung ist eine volkswirtschaftliche Täuschung; die Folge ist nicht Mehrverdienst des einzelnen, sondern Geldentwertung, also Teuerung.“

Wir stimmen ihm darin bei. Alle Arbeiter werden es tun. Das schließt aber nicht aus die Erkenntnis, daß diejenigen, welche zuerst eine massenhafte Lohnerhöhung durchsetzen, mehr gewinnen, als sie durch die von ihnen erzeugte Teuerung verlieren. Diese Erkenntnis spricht alle Gruppen an, die es sich bei Erzeugung von Lohnerhöhung sein zu können, weil dann der Vorteil stets auf ihrer Seite ist. Je mehr Gruppen ihnen mit Lohnerhöhungen folgen, um so mehr entschwindet ihnen dann freilich der erlangene Gewinn. Wenn sie dann aber wieder die ersten im Erzingen neuer Lohnerhöhungen sind, gewinnen sie wieder einen Vorprung. So können sie die von ihnen hervorgerufene und durch ihnen nachfolgende Gruppen noch erweiterte Teuerung immer leicht tragen. Das zitierte Motto ist also, die ganze Bevölkerung als eine Gruppe betrachtet, unbedingt richtig, aber nur bedingt richtig und unter gewissen Umständen sogar falsch für die stets vorrückenden Gruppen.

Doch kommen wir nun zu dem Inhalt des Heftchens selbst. Der Verfasser legt darin, ein Volk, das weniger erzeuge, als es verzehre, fresse sich selbst auf und müsse zugrunde gehen. Und ein solches Volk sei das deutsche. Es könne in acht Stunden nicht so viel erzeugen wie es brauche und müsse deshalb länger arbeiten; um den Verlust der letzten drei Jahre (mit ihrer Herrschaft des Achtstundentages) wieder mit einbringen zu können, müßte es die nächsten vier bis fünf Jahre durchschnittlich wenigstens zwölf Stunden arbeiten. Erst später würden vielleicht zehn Stunden genügen.

Leider verrät das Schriftchen nicht, wie in zwölf Stunden soviel erzeugt werden könnte wie wir in den nächsten vier bis fünf Jahren brauchen. Es führt zwar die Zeitarbeiter zum Beweise dafür an, daß das von ihnen Geschaffte nicht von ihrer Leistung, sondern nur von der Länge ihrer Arbeitszeit abhängig sei, so bei dem Fahrer einer Straßenbahn und bei fast sämtlichen Werttätigen aller Verkehrsunternehmen im weitesten Sinne des Wortes und bei dem gesamten sogenannten festen Betriebspersonal in allen Betrieben, Unternehmungen, Anstalten usw. — Ist denn aber der Verkehr unsere Hauptbeschäftigung? Wenn wir nicht mehr produktive Leistungen hervorbringen, kommen wir, trotz Förderung des Verkehrs, aus der Notlage nicht heraus, die uns in dem Schriftchen so anschaulich und wohl auch ganz richtig geschildert wird. Zur Erhöhung der Produktion bedarf es der Hebung der Leistung des Leistungsarbeiters, der in dem Schriftchen zwar auch erwähnt wird, von dem aber nicht gesagt wird, wie er bei längerer Arbeitszeit dauernd — darauf muß der Nachdruck gelegt werden — keine Leistung erhöhen könnte. Denn, daß nicht jede Arbeitszeitverlängerung eine Mehrleistung verbürgt, ist doch allgemein bekannt (wir haben das erst in Nr. 6/7 gezeigt) und dem Verfasser des Schriftchens gewiß nicht fremd. Nach allem, was bisher über die produktiv günstige Wirkung von Arbeitszeitverkürzungen bekannt geworden ist, muß angenommen werden, daß Arbeitszeitverlängerungen produktiv ungenügend wirken müßten. Wer für Verlängerung der Arbeitszeit zugunsten höherer Produktivität der Arbeit eintritt, sollte deshalb nie versäumen, auch gleichzeitig ein Mittel anzugeben, das die sicher zu erwartende ungenügende Wirkung der Arbeitszeitverlängerung in eine günstige Wirkung umwandeln könnte. Solange ein solches Mittel nicht gefunden ist, bleibt die Frage der Arbeitszeitverlängerung unbestimmt und sollte man nur die Möglichkeit technischer Hilfsmittel aller Art ins Auge fassen, um die Produktion zu heben. Weniger in der Verlängerung der Arbeitszeit als in besserer Ausnutzung der jetzt geltenden Arbeitszeit muß das Heiß gesucht werden. Darauf müssen alle, die es mit unserem Volke gut meinen, ihren Sinn richten.

Ist eine Hebung der Produktion notwendig — wir geben es zu —, so sollte man sie nicht mit untauglichen Mitteln versuchen wollen, wie mit der Verlängerung der Arbeitszeit — die sich bald als ein solches untaugliches Mittel erweisen würde —, sondern mit Mitteln, die die jetzt festgestellte Unterleistung auch wirklich in eine Mehrleistung verwandeln könnten. Von einer Arbeitszeitverlängerung können wir uns eine solche Wirkung auf die Dauer nicht versprechen. Ist die Arbeitszeitverlängerung nur so gering, daß sie die Leistungsfähigkeit des Arbeiters bei längerer Dauer nicht vermindert und vielleicht eine dauernde Erhöhung der Leistung ermöglicht, so wird diese Erhöhung doch nur so gering sein, daß sie als Produktionsvermehrung volkswirtschaftlich kaum in Betracht kommt, also volkswirtschaftlich kaum nutzen kann. Beträgt die Arbeitszeitverlängerung aber viel, so schwächt sie, bei längerer Dauer, die Leistungsfähigkeit des Arbeiters voraussichtlich so, daß dessen Leistung keine Erhöhung erfährt, eher vielleicht noch eine

Herabsetzung. (Die jetzt oft geübte Heberzeitarbeit spricht freilich dagegen. Man lege sie aber ein halbes Jahrzehnt lang fort, und man wird etwas anderes erleben.)

Durch Arbeitszeitverlängerung des Leistungsarbeiters können wir also kaum zu einer Erhöhung der produktiven Leistung kommen, wie sie uns nützt, und alle in dieser Richtung gemachten Versuche müßten hinter dem erwarteten Erfolge zurückbleiben und könnten sogar, mit der Länge der Zeit, ins Gegenteil umschlagen.

Lohnsteigerungen ohne Mehrleistung, sagt der Verfasser, seien wirtschaftliche Täuschung; die Folge sei nicht Mehrverdienst des einzelnen, sondern Geldentwertung, also Teuerung. Im allgemeinen und in Anbetracht der End- und Gesamtwirkung des Mehrverdienstes ohne Mehrleistung soll das richtig sein. Ebenso berechtigt kann man aber sagen: Mehrarbeit ohne Mehrleistung kann uns aus der Geldentwertung und Teuerung nicht herausbringen. Und Arbeitszeitverlängerung ohne gleichzeitige Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Arbeiters wäre solche vergebliche Mehrarbeit, die nur in der Verlängerung der auf die Arbeit verwendeten Zeit bestünde, nicht aber auch in der Erhöhung der Arbeitsleistung, in der Vermehrung des Arbeitsergebnisses. Denn es gibt bei der heutigen, durch Kriegsentbehrungen physisch so geschwächten Arbeiterschaft — kein Mittel, die Leistungsfähigkeit des Arbeiters und damit seine Leistung dauernd zu erhöhen, als das, seine Arbeitskraft zu mehrern. Und das ist augenscheinlich nur möglich durch Verbesserung seiner meist immer noch unzureichenden Ernährung. Und diese ist nur möglich durch Erhöhung seines Lohnes. Doch der Lohn soll ja schon zu hoch sein für die von ihm geleistete Arbeit. Kann er dann aber noch weiter erhöht werden? Nach dem Verfasser des besprochenen Heftchens nicht ohne gleichzeitige Mehrleistung. Dann kann aber auch die Leistungsfähigkeit des Arbeiters kaum noch erhöht werden. Und wenn das nicht möglich ist, kann auch nicht mit Verlängerung der Arbeitszeit die Arbeitsleistung erhöht werden — oder doch nur auf Kosten der Lebensdauer des Arbeiters, also auf Kosten der heutigen Generation. Das wird auch schon von Befürwortern der Arbeitszeitverlängerung zugegeben, und es wird gesagt, wir müßten entweder die heutige Generation oder die künftige opfern.

Die Erhöhung der Arbeitsleistung kann demnach nicht vermittle des Arbeiters erzielt werden, sondern nur durch Verbesserung der Arbeitsmittel und Arbeitsmethoden, also durch arbeits-, betriebs- und verwaltungstechnische Verbesserungen.

Auf sie lenke man sein Sinnen und Trachten. So wird man sich unvergängliche Verdienste um das deutsche Volk erwerben, wird man es vor dem ihm drohenden Untergange bewahren, ohne weder die heutige, noch die künftige Generation opfern zu müssen.

Zur Charakterisierung der schlesischen Textilindustriellen.

Ebel sei der Mensch

Mit vielem Tamtam berichteten Anfang November die Zeitungen von der 50jährigen Jubelfeier der Altien-Gesellschaft für Schlesische Leinen-Industrie, vorm. C. G. Kramsta und Söhne, Freiburg i. Schlef. Es wurden besonders die von der Firma aus diesem Anlaß gemachten Stiftungen hervorgehoben. Da haben erhalten: Der Unterstützungsband der Schlesischen Friedrich-Wilhelm-Universität, Breslau, 150 000 M., das Neurologische Institut, Breslau, 150 000 M., die Technische Hochschule Breslau 200 000 M., der Betriebsgemeinden zu gemeinnützigen Zwecken 200 000 M., der Provinzialverband des bayerischen Frauenvereins 20 000 M., die Oberfleischerhilfe 30 000 M. Ferner wurden zu Gunsten der Werksangehörigen festgelegt: Stiftungen von 700 000 M., Pensionsfonds 200 000 M., Unterstützungsfonds 200 000 M. usw.

Der Reingewinn des letzten Geschäftsjahres betrug nach Abschreibungen im Gesamtbetrage von 1 301 413 M. noch 7 358 653 Mark (gegenüber 3 194 485 M. im Vorjahre).

Man könnte hieraus schließen, daß die lebenden Personen des Unternehmens mit einem ausgeprägten sozialen Empfinden ausgestattet seien. Wie es damit aber in Wirklichkeit ausieht, mag der folgende Schriftwechsel dartun:

Deutscher Werkmeister-Verband, 5. Oktober 1921
Düsseldorf.

Firma Alt.-Ges. für Schlesische Leinen-Industrie,
Freiburg i. Schlef.

Uns wird mitgeteilt, daß Sie unseren Mitgliedern E. V. und M. Z., die beide 53 Jahre in Ihrem Betriebe tätig gewesen sind, eine monatliche Unterstützung von 20 M. zahlen. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, leben beide in mifflischen Verhältnissen. Herr V. hat ein Gesamteinkommen von monatlich 140 M. und Herr Z. von 111 M. Dabei sind sie in einem so hohen Alter, daß sie anderweitig schwerlich etwas verdienen können.

Wenn auch für die Verwendung Ihres Unterstützungsfonds bestimmte Richtlinien festgelegt sind, nach denen es nicht möglich ist, die Beihilfe für die beiden Veteranen Ihres Unternehmens zu erhöhen, so glauben wir doch, daß es der Firma aus anderen Mitteln möglich sein wird, die regelmäßige Unterstützung so zu erhöhen, daß sie ihren Lebensabend etwas sorgloser verleben können als bisher. Es kann doch wohl nicht in Ihrer Absicht liegen, Herren, die Ihrem Unternehmen über ein Menschenalter hinaus in so treuer Weise gedient haben, dem Hungerstode preiszugeben. Hier handelt es sich um die Erfüllung einer Ehrenpflicht. Wir sind deshalb der Meinung, daß es lediglich dieser Anregung bedarf hat und Sie sich ohne weiteres bereitfinden werden, in diesem beiden Fällen helfend eingzugreifen.

Hierauf erfolgte folgende ungläubige, allem menschlichen Empfinden höhnpredhende Antwort:

„Altien-Gesellschaft für Schlesische Leinen-Industrie,
vorm. C. G. Kramsta u. Söhne.

Freiburg i. Schlef., 7. 10. 21.

Deutscher Werkmeister-Verband
Düsseldorf,

Koschliedstraße 13 und 511.

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 5. cr. — ob. 15 955 und bedauern Ihnen mitteilen zu müssen, daß mit Rücksicht auf die große Anzahl der Pensionäre, die von der Gesellschaft Unterstützungen beziehen, bei den hier in Frage stehenden ehemaligen Meistern hinsichtlich der Höhe der Unterstützung keine Ausnahme gemacht werden kann.

Hochachtungsvoll

Altien-Gesellschaft für Schlesische Leinen-Industrie,
vorm. C. G. Kramsta u. Söhne, gez. i. A. Dr. Rüder.“

Mehr als 50 Jahre, schon eher als die Alt.-Ges. gegründet wurde, haben diese Veteranen der Arbeit dem Unternehmen gedient. Sicherlich ein Grund, um auch diesen bald 80jährigen Kämpen anlässlich der Jubelfeier etwas Besonderes zukommen zu lassen. Jawohl, die Firma ist sich ihrer Pflicht voll bewußt gewesen. 200 M. hat sie auch für diese beiden Altien übrig gehabt. Aber die Rente von 20 M. monatlich wird weiter gezahlt, obwohl man im Gelde schwimmt und es nicht unterzubringen weiß. Wer aber wollte das soziale Empfinden der leitenden Persönlichkeiten der Firma in Zweifel ziehen, lassen doch die mit soviel Tamtam bekanntgemachten Stiftungen dieses Verständnis für die Not der Zeit erkennen! — Allerdings

besteht ein kleiner Unterschied. Hier kann man in der Öffentlichkeit prahlen, dort aber steht zu befürchten, daß über die einsame Behauptung hinaus von dem „wohlthätigen Sinn“ nichts bekannt wird. Und nur zu leicht konnte da der Gedanke kommen, daß man in solchen Spenden nicht etwas Besonderes sieht, das verdiente, öffentlich ausposaunt zu werden, sondern nur eine selbstverständliche Pflicht Deuten gegenüber, die durch ihre Tatkraft auch zum jetzigen Wohlstande der Firma beigetragen haben.

Trotzdem muß man sich fragen, ob den hochwohlwollenden Herren der Direktion nicht so etwas wie Schamgefühl kommt, wenn sie die Zahlungsanweisung für diese paar Bettelpennige geben?

Dem Aufsichtsrat gehören an:
 Borf. Fabrikbes. Ernst Webst, Lannhausen,
 Stellvert. Komm.-Rat Dr. Georg Kaufmann, Hermsdorf
 a. d. Ratzbach,
 Stadtl. J. J. Frey,
 Bank-Dir. Jean Buscher, Breslau,
 Fabrikbes. Balthar Hoffmann, Altmasser,
 Rittergutsbes. Kammerherr Walter v. Wietersheim, Neuland,
 Fabrikbes. Gottfr. Webst, Wüstewaltersdorf,
 Majoratsbes. Hans Georg v. Kramitz, Frankental (Neumarkt).
 Hoffentlich haben diese Herren mehr Einsichten!

Die Hirschdunderschen Gewerksvereiner auf dem Kriegspfade.

Man schreibt uns aus G. r. l. i. g.:

Bei Hundert kann man immer die Wahrnehmung machen, daß sie um so dreifach besser, je kleiner sie sind. Dieselbe Wahrnehmung kann man auch bei dem kleinen Unglückshäuflein der hiesigen Gewerksvereiner oder richtiger bei dessen Leitung, machen. Diese Leute werden um so richtiger, je mehr sie zusammenschmelzen. Die Gruppe leidet an chronischem Mitgliederchwund. Um nicht den letzten Rest, etwa zwanzig Männlein und Weiblein, die infolge niedriger Beiträge noch dort verblieben sind, zu verlieren, braucht man ein Agitationsmittel, um das verbliebene Schilf wieder aufzurichten. Man konstruiert künstlich einen kleinen „Terrorismusfall“, und das Agitationsmittel ist gefunden.

In der Seidenweberei Leopold Hermann wurden Kollegen, welche zum Teil im Fabrikarbeiter-Verband organisiert sind, erlucht, zu uns überzutreten, wogu diese sich auch bereit erklärten. Aufgebracht darüber, daß im Hirschdunderschen Gewerksverein niedrigere Beiträge gezahlt werden, als bei uns, die Gewerksvereiner aber dieselben Löhne und sonstigen tariflichen Bedingungen für sich im Anspruch nehmen, die unter Führung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes erzwungen sind, wurden auch diese erlucht, überzutreten. Der dort arbeitende „Hirsch“ machte Spekulation, und als der Betriebsrat herbeigeholt wurde, den Streik zu schlichten, wurde der Mann unverzüglich, besonders gegenüber dem Vorsitzenden des Betriebsrats. Eine solche Maßlosigkeit ließen sich unsere Kollegen nicht gefallen; sie berieten in der Mittagspause eine Betriebsversammlung ein und bestellten telefonisch unseren Geschäftsführer. Letzterer rief der Belegschaft, davon abzugehen, den Gewerksvereiner für uns zu gewinnen, weil wir keine gezwungenen Mitglieder haben wollen, diese uns auch nichts nützen, wohl aber schaden könnten. Sie wollten aber mit einem solchen Patron nicht zusammenarbeiten und beschloßen, ohne das geringste Zutun des Geschäftsführers, die Entlassung des Gewerksvereiners zu fordern.

Auch der Direktor des Betriebes, mit dem darauf eine Verhandlung geführt wurde, verzweifelte an dem Bestehen des Gewerksvereiners, hat aber den Betriebsrat in Mitleidenschaft gezogen, von dessen Entlassung abzugehen. Darauf wurde verlangt, daß der Mann keine Unverschämtheit vor der versammelten Belegschaft in Form einer Abbitte zurückzunehmen müßte, was dann auch geschah.

Obwohl unsere Kolleginnen in diesem Falle die größte Dankbarkeit an den Tag gelegt haben, schreit die Gesellschaft über Terrorismus und macht die Öffentlichkeit mobil. Durch Inserate in den hiesigen Zeitungen wurden sämtliche Gewerksvereiner zu einer Versammlung eingeladen. Das Thema sollte lauten: „Der Terrorismus der Leitung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung G. r. l. i. g.“ Als Referenten waren gleich 2 — zwei — unter diesen Herr Beier, Jitzau, vorgesehen. Die Herrschaften zogen aber den besseren Teil der Tapferkeit vor und tagten hinter verschlossenen Türen. Die Geistesprodukte, die die Referenten abgegeben haben, finden wir im „Neuen G. r. l. i. g.“ abgedruckt wieder:

„In einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung aller Gewerksvereinsmitglieder, die in der Textilindustrie beschäftigt sind, wurde das Verhalten der Leitung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, G. r. l. i. g., einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurden eine Reihe Fälle erzählt, welche das Gegenteil von Freiheit und Gleichheit darstellen, man kann dafür Brutalität und Unbilligkeit setzen. Wenn es schon soweit kommt, daß Herr H. in einem Betriebe während der Arbeitszeit eine Versammlung macht, um die Gewerksvereiner zu zwingen überzutreten, und sie, weil sie das nicht tun, mit größten Schimpfworten belegt, so ist es kein Wunder, wenn derartige Anmachungen dieses Führers sich auf die Mitglieder übertragen. Selbst der Arbeitgeber in einem Betriebe wurde aus der Betriebsversammlung gewiesen. (Nimm. des B.: Daß ein Arbeitgeber aus einer Betriebsversammlung gewiesen wurde, scheint dem Harmonie-Verbandler am meisten zu schmerzen. Der gute Mann mag sich einmal den § 47 des B. G. ansehen, dann wird er finden, was er noch nicht zu wissen scheint, nämlich, daß ein Arbeitgeber in einer von der Belegschaft verlangten Betriebsversammlung nicht zugelassen zu werden braucht. Aber ist denn das Terrorismus?) Es wird dann weiter von „Erwünschtes der Revolution“, von „Scharfmacher“ (früher hieß es bei den Gewerksvereiner doch anders) von „Einigkeit“ usw. geredet und zum Schluß folgende Resolution bekanntgegeben:

„Die am 1. Februar im „Thüringer Hof“ versammelten (16 Frauen, 11 Männer und ein zehnjähriger Junge. s. B.) Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Verbandes, erheben scharfen Protest gegen die Rechtslosigkeit ihrer Mitglieder durch die Leitung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes. Sie verzweifelten auf das entschiedenste, daß die im Artikel 159 der Reichsverfassung festgelegte Koalitionsfreiheit von den Leuten mit Füßen getreten wird, die angeblich für Freiheit und Gleichheit kämpfen.

Die Versammelten versprechen, treu und fest zum Gewerksverein H.-D. zu halten und werden gegen den erbärmlichen Terror mit allen zu Gebote stehenden Mitteln arbeiten. Die Versammelten rufen allen rechtlich denkenden Arbeiterinnen und Arbeitern zu: Fort mit solcher Gesinnungsneigung.“

Gut gefällt. Löwe! Es ist nur schade, daß der ganze Kraftaufwand, der bei der „Aktion“ verwendet wurde, unnütz verpuffen wird. Von den G. r. l. i. g. Textilarbeitern und -arbeiterinnen locken sie mit solchem Schwindel niemand an sich. Daß Herr Beier solcher unschönen Handlungsweise fähig sei, ist für uns eine neue Entdeckung. Auf die Arrangure dieses ganzen Terrorismus-schwindels trifft indessen zu, was Heinrich Heine sagt:

„Gott gab uns nur einen Mund,
 Weil zwei Mäuler umgehend.
 Mit dem einen Mäule schon
 Schwätzt er die Erdensohn.
 Wenn er doppelmäulig wär,
 Fröh und Wg er auch noch mehr.
 Hat er jetzt das Maul voll Bret,
 Muß er schweigen unterlassen,
 Hält er aber Mäuler zwei,
 Läge er sogar beim Fressen.“

Damit wollen wir die Herrschaften für heute laufen lassen, denn der Raum unserer Zeitung ist zu schade, um ihn für rudimentäre Gewerksvereiner zu verschwendung. In den nächsten Wochen finden wieder neue Tarifverhandlungen statt. Wir werden im Anschluß daran in einer großen Versammlung Bericht erstatten. Hierbei werden wir auch den Schwindel der Gewerksvereiner ins rechte Licht rücken. Bei solchen Anlässen kommen die wenigen Gewerksvereiner ja immer in unsere Versammlung, um was neues zu hören. Für diese kommende Versammlung sind sie dringend eingeladen, und auch Herr Beier wird schon heute gebeten, zu erscheinen.

Die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenbewegung.

Eine aus der Not der Zeit geborenen Bewegungen ist die der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Leider ist aber auch diese Bewegung mit dem alten Erbteil der Gewerkschaftsbewegung, der politischen und religiösen Zerrissenheit, belastet. Sehr zum Nachteil der Beteiligten selbst. Die Bemühungen, eine einheitliche Organisation für alle Opfer des Krieges zustande zu bringen, scheiterten leider an der Halsstarrigkeit, mit der politisch und religiös einseitig orientierte Persönlichkeiten an der Schaffung neuer Organisationen tendenziöser Richtung festhielten. So ist neben den Kriegervereinen, die sich nach dem Kriege auch plötzlich der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen anzuschließen suchten, noch der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener gegründet worden, der in der Kriegsbeschädigtenbewegung etwa die Rolle der christlichen Gewerkschaften in der Gewerkschaftsbewegung vor 15 Jahren spielt und vollkommen nationalpolitisch und religiös eingestellt ist. Die Gründung dieses Zentralverbandes, zunächst unter dem Namen: „Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer“, ist unter dem Vorwort des christlichen Gewerkschaftsführers und deutschnationalen Abgeordneten Behrens und der Mithilfe der christlichen, nationalen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften erfolgt. Schon die Gründung zeigte, daß es sich um eine Sammlung der auf „nationalem Boden stehenden“ Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen handelte. Vorsitzender ist der deutsch-volksparteiliche Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des deutschnationalen Handlungsgesellschaftsverbandes Thiel. Wie der Zentralverband von den christlichen Gewerkschaften protegiert wird, zeigt ein Beschluß des 10. Kongresses der christlichen Gewerkschaften vom November 1920 in Essen, in dem gesagt ist, daß es der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nicht gleichgültig sein kann, welchen Organisationen die Kriegsoffer angehören und daß nur der Zentralverband empfohlen werden könne. Bezeichnend für den Geist und die Tendenz des Zentralverbandes ist die Tatsache, daß er sich bereits seit nahezu 2 Jahren in einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Kriegerhinterbliebenen-Bund der deutschen Kriegervereine befindet. Der Zentralverband verachtet jedoch, die Kriegsoffer selbst wie auch die Öffentlichkeit über seine einseitige Tendenz hinwegzutäuschen und sich als eine parteipolitisch und religiös neutrale Organisation hinzustellen, um besser Mitglieder zu gewinnen. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß als älteste und größte, so wie parteipolitisch und religiös vollständig neutrale Organisation der „Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen“, Berlin SW. 29, Belle-Alliancestraße 16, in Frage kommt. Der Reichsbund verfolgt keinerlei Nebenziele, seine Tätigkeit besteht lediglich in der Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, für die die sächliche Arbeit des Reichsbundes schon viele Erfolge gezeitigt hat. Der Reichsbund mit seinen 800 000 Mitgliedern bietet die Gewähr dafür, daß er auch zukünftig die Interessen der Kriegsoffer mit Nachdruck vertreten wird. Es liegt deshalb im eigenen Interesse aller Kriegsoffer, den Reichsbund möglichst zu stärken zu suchen.

Arbeiterinnen in Strumpf-Formereien.

Abgesehen von den Gefahren, denen unsere Kollegenschaft bei der Bedienung der Maschinen ausgesetzt ist, sind noch eine Menge derselben vorhanden, deren Ernst von Vielen verkannt wird. Ich will versuchen, die Kolleginnen unseres Verbandes zu veranlassen, an diesem Ort einmal ihre Meinung zu veröffentlichen. Bei meinen Revisionsgängen als Gewerbeaufsichtsbeamter finde ich in den Formereien der Strumpfindustrie tausende unserer Kolleginnen bei emsiger Tätigkeit, von der ich die Gewißheit habe, daß die Gesundheit der Kolleginnen unter ihr leiden muß. Die aus Holz gefertigten Strumpfformen werden von der Arbeiterin zwischen Tischkante und Unterleib geklemmt und dann wird mit dem Strumpf nach abwärts, so daß die betreffende Arbeiterin mit dem Leib eine doppelte Tätigkeit entfaltet. Erstens: das Festhalten der an sich nicht schweren Holzform, zweitens: und das dürfte das ausschlaggebende sein — die Verstärkung des Widerstandes gegen die durch das Aufziehen des Strumpfes verstärkte Abwärtsbewegung der Holzform. Nach jahrelanger Tätigkeit müssen die Kolleginnen unterleibstark werden, und ich treffe auch den größten Teil der Arbeiterinnen in den Strumpf-Formereien mit einem „hohen Leib“ an. Seit Jahren schon ist in Anbetracht dessen angeordnet, daß die Arbeitgeber auf Grund des § 120 a der Gewerbeordnung sogenannte Formbleche anzubringen haben. Diese Formbleche sind an dem Arbeitstisch zu befestigen, sind windlich und am freien Ende umgebogen. In die Umboegung stellt die Arbeiterin die Form ein, und hat nur noch ein leichtes Umfallen zu verhindern, was beim Aufziehen des Strumpfes durch die Hände schon geschieht. Tatsächlich finde ich eine Menge Betriebe, in denen die Formereien diese Bleche verwenden und deren Eigenschaften Lobend anerkennen. Noch mehr Betriebe finde ich jedoch, wo die Kolleginnen erklären, daß die Verwendung der Formbleche zeitraubend sei. Nach Aussagen von Betriebsräten zu urteilen, ist dies jedoch nur eine Bequemlichkeitsausrede, da aus leistungsfähigen Betrieben kommende Arbeiterinnen innerhalb zwei bis drei Tagen sich an die Benutzung der Formbleche gewöhnt haben. Ich finde aber auch Betriebe, in denen diese Einrichtung wohl vom Arbeitgeber beschafft, von den Arbeiterinnen jedoch wieder entfernt und achlos in irgend eine Ecke des Arbeitsraumes geworfen worden ist. Wer von den Kolleginnen hat nun eigentlich recht?

In modernen Betrieben, deren Unternehmer kapitalkräftig genug sind, geht man dazu über, feststehende elektrisch heiß gemachte Metallformen zu bauen. Hier sind die Arbeiterinnen einfach gezwungen, die (feststehende) Form zu benutzen, obwohl dieselben Kolleginnen zuvor die Benutzung der Formbleche aus den angeführten Scheingründen ablehnten. Leider wird diese Methode nicht in allen Betrieben angewendet werden, weil, wie schon gesagt, der Ausbau mit elektrischen Formen große Beträge erfordert.

In den Formereien müssen unsere Kolleginnen unter unglücklicher Hitze, besonders im Sommer, leiden. Die Schädigung ihrer Gesundheit, die sich hieraus schon ohne weiteres ergibt, müßte die Kolleginnen veranlassen, alles nur mögliche zur Erleichterung ihrer Arbeit zu tun. Es darf nicht vorkommen, daß die Arbeiterin, wie es leider viel zu oft geschieht, Maßnahmen zum Schutze der Arbeitskraft in leichtfertiger Weise und nur einiger Bequemlichkeiten wegen nicht beachtet, und sich nicht von dem Gedanken leiten läßt, neben ihrer teuren Arbeitskraft auch ihre Gesundheit zu schonen.

Welche Kollegin wünscht das Wort hierzu?
 R. Müller, Gewerbeinspektor, Chemnitz.

Zur Wahl der Lehrstellen

erläßt der Gewerkschaftsverein München, Ortsausschuß des A. D. G. B., an alle Gewerkschaftskollegen und Volksgenossen folgenden Aufruf:

Der Schlußnaht, Eure Kinder sollen einer Lehrstelle zugeführt werden. — Denkt an Eure Jugend- und Lehrzeit, wie hart und freudlos diese waren. — Wenn Ihr Euren Nachwuchs vor gleichem bewahren wollt, so erkundigt Euch vor Abschluß des Lehrvertrages bei der zuständigen freien Berufsvorsorgungskommission; schließt keinen Lehrvertrag ab, der feste Kost- bzw. Lohnsätze enthält, sondern drängt darauf, daß an deren Stelle der Passus Aufnahme findet: „Die Lohnsätze regeln sich nach den tariflichen Bestimmungen der einschlägigen Abmachungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“. Bestehen solche nicht, so hat der Satz Aufnahme zu finden: Die Lohnsätze haben der jeweiligen Teuerung zu entsprechen und werden durch die örtlichen Schiedsstellen festgelegt. — Wendet Euch in allen Fragen, die sich aus dem Arbeits- und Lehrverhältnis ergeben, an die zuständige freie Gewerkschaft; führt Eure Kinder, Mündel usw. den Jugendorganisationen der freien Gewerkschaften zu. Die freien Gewerkschaften haben den Kampf gegen die Alleinherrschaft der Handwerkskammern und Jungungen aufgenommen; ein umfangreicher und gründlicher Entwurf zur Reformierung des gesamten Arbeitsrechtes für Jugendliche und Lehrlinge liegt seitens der freien Gewerkschaften vor. Unterstützt diese im Kampfe für Gleichberechtigung der Arbeitnehmer auch in der Lehrlingsfrage und geht den „Rettern des Handwerks“ nicht unbesehen aufs Eis.

Aus den Gewerkschaften.

Adam Drunzel tot.

Der Zentralvorsitzende des Verbandes der Töpfer, Genosse Adam Drunzel, ist nach kurzem Leiden gestorben. Geboren am 18. Oktober 1863 zu Würzburg, finden wir ihn im Jahre 1887 an der Spitze des Fachvereins seines Berufes in Chemnitz, später in Dresden, wo er bald Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins Dresden-Neustadt wurde. In seiner Organisation, wie in der Zentralfranken- und Sterbekasse der Töpfer bekleidete er die verschiedensten Posten, bis er im Juni 1889 als Vorstandsvorsitzender und zugleich als Redakteur des Verbandsorgans gewählt wurde.

Johann Siebert tot.

Der Mitbegründer des Zentralverbandes der Schuhmacher und dessen früherer Vorsitzender, Johann Siebert, seit 22 Jahren pensioniert, ist im Alter von 84 Jahren gestorben. Sein stetes Streben war auf die Entwicklung des Verbandes und die Arbeiterbewegung überhaupt gerichtet, welcher er bis in seine letzten Tage lebhaftes Interesse entgegengebracht hat. Ehre seinem Andenken!

Das Gewerkschaftsleben in Polen.

IAAB. Einem Bericht der polnischen Regierung an das Internationale Arbeitsamt über die in der letzten Zeit stattgefundenen gewerkschaftlichen Tagungen entnehmen wir folgende Einzelheiten: Der erste Kongreß des Polnischen Gewerkschaftsbundes, Sig Polen, tagte vom 30. Oktober bis 1. November 1921. Dieser Bund gehört keiner Internationale an, nur die ihm angeschlossenen Bergarbeiter sind der Bergarbeiter-Internationale beigetreten. Insgesamt waren 700 000 Mitglieder durch 132 Delegierte vertreten, darunter auch Vertreter der 45 000 polnischen Bergarbeiter und von 11 140 polnischen Metallarbeitern des rheinisch-westfälischen Industriegebietes.

Die größeren Verbände dieses Bundes sind die der Landarbeiter (193 380 Mitglieder), Bergarbeiter (158 000), Metallarbeiter (102 207), Textilarbeiter (80 000), Handwerker (75 000), Eisenbahner (28 700) usw. Im Jahre 1920 beliefen sich die Einnahmen auf 19,3, die Ausgaben auf 13,1 Millionen polnische Mark.

Der Kongreß befaßte sich in der Hauptsache mit der Umwandlung der unter Fremdherrschaft entstandenen Satzungen, wobei die Autonomie der einzelnen Gewerkschaften erheblich erweitert wurde. Der Zusammenschluß mit den Gewerkschaften im Gebiete des alten Königreichs wurde beschlossen. Die Aussprache über ein politisches Programm wurde für die nächste Tagung zurückgestellt, jedoch hierfür schon einige Grundsätze aufgestellt. Dieselben gipfeln in der Forderung nach Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auf dem Wege der sozialen Reform und in der Betonung der Treue zu Polen. Andere Beschlüsse befaßten sich mit der Erhaltung des Achtstundentages, dem Ausbau des Arbeits- und Sozialfürsorge-Ministeriums, Wiederaufbau der Industrie, insbesondere des Baugewerbes, Wiederverlangung der von den Deutschen während ihrer Besetzung Polens und Oberschlesiens weggeführten Maschinen, Unterstützung der aus Rheinland-Westfalen kommenden polnischen Rückwanderer usw.

Die verschiedenen Gewerkschaften der Lebensmittelarbeiter schlossen sich auf einer Tagung zu einem Verbande zusammen, der der Zentral-Gewerkschaftskommission und der Internationalen Lebensmittelarbeiter-Föderation beiträgt. Dem Arbeitsminister wurden u. a. folgende Forderungen übermittelt: Strikte Durchführung des Gesetzes über den Achtstundentag, da besonders in den Bäckereien der Provinz infolge der dort üblichen Stillearbeit Übertretungen vorkommen; unzureichende Durchführung des Krankenkassengesetzes; Erlaß hygienischer Schutzvorschriften für Bäckereien, Mühlenbetriebe und Schlächtereien.

Der nationale Eisenbahnerverband zählte am 1. Juli 1921 in 122 Sektionen 86 941 Mitglieder. Zwei Drittel der unternehmen Bewegungen waren erfolgreich. Angesichts der feindseligen Haltung der übrigen Eisenbahnergewerkschaften gegenüber dem Verband soll jede Verbindung mit ihnen abgebrochen werden. Der Verbandstag beauftragte eine Abordnung, dem Ministerium u. a. folgende Forderungen zu unterbreiten: Zahlung von zwei Monatsgehältern als Ersatz für die ausgebliebenen Naturalleistungen; jinsolte Ueberlassung von 700 Millionen Mark Darlehen an die Eisenbahner-Genossenschaften, weil der Staat durch Wiederherstellung des freien Lebensmittelhandels nicht mehr in der Lage ist, wie bisher den Eisenbahnern Lebensmittel zu ermäßigten Preisen zu liefern; Schaffung eines Eisenbahnerstatuts gemeinsam durch Regierung und Verband.

Der Buchdrucker-Verband konnte seine Mitgliederzahl im ersten Halbjahr 1921 von 3258 auf 4146 erhöhen. Der Verbandstag befaßte sich besonders mit der Frage der Arbeitslosigkeit. Nach Angabe der Warschauer Delegierten darf dort nur ein Lehrling auf drei Gehilfen eingestellt werden, während in der Provinz oft fünf Lehrlinge für jeden Gehilfen beschäftigt werden. Ein Antrag aus Krakau, die Nachtarbeit ab 1. September 1921 abzulehnen, wurde als verfrüht verworfen, dagegen die Vorstandskonferenz aller Gewerkschaften ersucht, sich mit der Frage der Abschaffung der Nachtarbeit überhaupt zu befassen.

Vertreter bestehender Vereine der Gemeindearbeiter traten auf Veranlassung des Allg. Gewerkschaftsbundes (welcher der Amsterdamer Internationale angehört) zusammen, um einen Landesverband zu gründen. Acht Vereine mit insgesamt 10 680 Mitgliedern traten sofort bei.

Der Metallarbeiter-Verband hielt seinen Verbandstag vom 30. Oktober bis 2. November in Krakau ab. Der Verband, der 31 900 Mitglieder zählt, stellte sich erneut auf den Boden der Grundsätze der Amsterdamer Internationale.

Aus der Textilindustrie.

Der Verbandstag der Textilarbeiter Polens beschloß den Anschluß an die Textilarbeiter-Internationale und das Zusammenarbeiten mit solchen sozialistischen Parteien, welche die Amsterdamer Internationale anerkennen. In der Steuerfrage wurde die Befreiung der indirekten Steuern und die Befreiung eines ausreichenden Mindesteinkommens von der Einkommensteuer gefordert. Da die Unternehmer die am 22. Februar 1921 überreichten Forderungen aus Anerkennung der Betriebsräte und Mitbestimmungsrecht des Verbandes bei Einstellung und Entlassung

von Arbeitern abgelehnt hatten, wurde dem Verbandsvorstand Vollmacht gegeben, zu geeigneter Zeit durch Erklärung des Generalsekretärs diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die Zukunft der englischen Textilindustrie beruht zum großen Teil auf den Absatzmöglichkeiten, die sich in den Dominionen des Weltreiches bieten. Namentlich in Ägypten und Indien hat die britische Regierung große Anstrengungen gemacht, um in diesen Baumwollländern keine Textilindustrie entstehen zu lassen.

Luchweber, die nach Lauingen in Bayern zureisen, wollen bei der dortigen Ortsverwaltung nähere Auskunft einholen.

60 000 Spindeln vernichtet. In der Pignier Baumwollmanufaktur in Lodz brach ein Großfeuer aus, dem die Spinnerei mit 60 000 Spindeln zum Opfer fiel.

Soziale Rundschau.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Mit Rücksicht auf die kommende Erhöhung des Brotpreises und die allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten hat der Reichsarbeitsminister sich in einem Rundschreiben an die Regierungen der Länder vom 3. Februar 1922 damit einverstanden erklärt, daß die Unterstützungsätze für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen um durchschnittlich 25 Prozent erhöht werden.

Der Achtstundentag in Frankreich.

IAAB. Bei der Diskussion des Budgets des Arbeitsministeriums vor der Kammer hat der Arbeitsminister folgendes über das Achtstundentagegesetz ausgeführt: Die Kammer wird begreifen, daß ich jetzt nicht in eine Debatte über diese sehr umstrittene Frage eintreten kann, welche, bevor man über sie spricht, sie vorher sorgfältig geprüft und durchgearbeitet werden muß.

Der sozialpolitische Berufsrat hat dem Arbeitsminister eine Delegation gesandt, welche dem Minister auseinandersetzt, daß es notwendig ist, das Prinzip und die Anwendungsbestimmungen des Achtstundentages unverändert bestehen zu lassen und sie sofort auch auf die durch die Delegation vertretenen Angestelltenkategorien auszudehnen.

Genossenschaftliches.

Neue Milliardenumsätze der Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H.

Im Jahre 1921, das mit seinen außerordentlichen schwierigen Wirtschaftsverhältnissen auch den deutschen Konsumvereinen und ihrer Großverkaufsgesellschaft in Hamburg so manche Erschwernisse bereitet, ist dennoch die Großverkaufsgesellschaft kräftig vorwärts geschritten, wie es ihre Milliardenumsätze nachweisen. Ein Vergleich mit dem Jahre 1920 ergibt folgendes Bild:

Table with 2 columns: Year/Category and Amount. Rows include Gesamtumsatz 1921 (2.406.982.699,89 M.), Umsatzwert 1921 (234.784.773,55 M.), Umsatz auf Girokonto 1921 (3.437.000.000 M.), and Umsatz 1920 (1.851.224.382,11 M.).

Gerichtliches.

Der Streik in Brombach vor Gericht.

Vor der Strafkammer in Freiburg i. Br. hatte sich eine Anzahl unserer dortigen Kollegen wegen sogenannter Streikvergehen zu verantworten. Diese wurden darin gesehen, daß sie bei dem Streik bei der Firma Großmann in Brombach zeitweilig eine geschlossene Kette bildeten, um die Angestellten, denen die Streikleitung erst Passierscheine verabfolgt hatte, aber als man wußte, sie verrieten die Streikarbeit, systematisch zu hindern, wie es in der Anklage hieß, die Fabrik zu betreten.

Berichte aus Fachkreisen.

Hamburg. Am 31. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Nach dem Kasernenbericht des Kollegen Pohlmann betrug im Jahre 1921 die Einnahme M. 1.157.977,68, der eine Ausgabe der Haupt- und Lokalfasse von M. 1.033.714,75 gegenüberstand.

Leipzig. In der am 25. Januar abgehaltenen, nur mäßig besuchten Generalversammlung erstattete Kollege Panzer den Jahresbericht. Ausgehend von der Geschäftslage in der Textilindustrie während der ersten Hälfte des Jahres, zeigte er, daß im Lohnverhältnis keine Veränderungen eingetreten sind; wurde doch in den meisten Betrieben verkürzt gearbeitet.

Literatur.

- Dr. A. Striemer: 6 volkswirtschaftliche Vorträge. Für Organisationsmitglieder Preis 6,50 M., im Buchhandel 12 M.
H. Vöfler: Um Oberkassier. Für Organisationsmitglieder 3,25 M., im Buchhandel 6,50 M.
Pauls Kasse: Was ist eine Bilanz? Für Gewerkschaftsmitglieder 2 M.
Prof. Sommerfeld: Der Gesundheitschutz im Betriebe. Für Gewerkschaftsmitglieder 2,70 M.
Zeland. Von Karl Kautsky. 32 Seiten. Preis 6 M.

Bekanntmachungen.

Vorstand. Sonntag, den 26. Februar, ist der 8. Wochenbeitrag fällig. Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung. Etthagen ist Sonnabend, den 25. Februar. An diesem Tage ist die graue Karte beiderseitig gewissenhaft auszufüllen.

Geschäftsführer und Hilfsarbeiter gesucht! Für die Geschäftsstelle U m a. D. unseres Verbandes werden zwei Geschäftsführer, für G e r a ein Hilfsarbeiter für den Augen-dienst gesucht. Mit dem Verbandesleben vertraute und für einen der Posten befähigte Kollegen und Kolleginnen wollen sich mit einem selbstverfaßten und (handschriftlich) selbstgeschriebenen Aufsatze über die Aufgaben eines Geschäftsführers bzw. Hilfsarbeiters und mit schriftlichen, mit dem Kennwort 'Bewerbung' versehenen Bewerbungen bis zum 23. Februar d. J. wenden an den Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Berlin D. 27, Magazinstr. 6/7.

Albert Hausmann, Geschäftsführer, Dreiföhrstr. 11. Alle Zuschriften an den Geschäftsführer W. Jager, Dreiföhrstr. 11, 'Dreiföhr'.
Gau Augsburg. Bäumenheim. K. Andreas Krazer. — Forchheim-Erlangen. V. und K. Georg Schneider, Geschäftsführer, Erlangen, Nürnberger Straße 43. — Jüssen. V. Ludwig Habel, Tiroler Str. 45. K. und Geschäftsführer F. Hader, Bahnhofstr. 1. Zuschriften an diesen. — Moosburg. K. Matthias Habichtsdobinger, Münchener Str. 33 1/9. — Pfarrkirchen ist eingegangen.
Gau Gera. Auma. V. Rudolf Fürst, Triptis, Friedhofsbau. — Böhmed. V. M. Rohmehl, Neuhäcker Str. 19. — Triebes. V. Paul Bernih, Kuhberg 7.
Gau Dresden. Lausitz (Bad). V. Arthur Schmidt, Froburger Straße 26. — Neßschau. V. Emil Beier, Neßschau, Obere Schloßstr. 32. K. Kurt Erler, Geschäftsführer, Neßschau, Mylauer Str. 28. Briefe an den Geschäftsführer R. Schirmer, Neßschau, Mylauer Straße 28. — Weßelburg gehört ab 15. 2. 22 zu Lungenau.
Gau Berlin. Falkenburg. K. Otto Lemke, Dragestr. 59.
Gau Berlin. Vom 25. Februar 1922 ab befindet sich das Bureau der Gauleitung Berlin: Berlin D 34, Comeniusplatz 4. Fernsprechanschl. wird erst später bekanntgegeben. Sämtliche Briefe und Postkarten sind an diese neue Adresse zu richten.

Zusammenkünfte Mitglieder-Versammlungen. Neustadt (Orla). Freitag, 3. März, abends 8 Uhr, im Waldschloßchen.
Riel. Sonnabend, 4. März, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Leobschütz. Sonnabend, 4. März, im Volkshaus, Coseler Str. 6.
Breslau. Siederer- und Kofamentenbrände. Donnerstag, 2. März, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. (Um 19. März daselbst: 2. Gründungsfest.)
Berlin. Deleatere. Jeden Freitag von 3-4 Uhr. Stall-schreiberstr. 39: Zahlung.
Abhanden gekommene Mitgliedsbücher und Karten. Heidenheim a. Brenz. Buch Nr. 1100 461, für Marie Reiff, Weberin, Mergelstetten, geb. am 2. März 1903 in Mergelstetten, eingetret. am 15. Februar 1920 in Heidenheim a. Br.
Cottbus. Buch Nr. 795 339, für Franz Jäwinda, Weber, geb. 3. 12. 1872 in Neustadt, eingetr. am 3. 6. 1906 in Spremberg.
Köln. Buch für Gertrud Buchheim, geb. 9. 5. 1902 in Köln, eingetret. 15. 8. 1919 in Köln.
Großschöna u. Buch Nr. 815 766, für Ernst Träger, Färber, geb. am 13. April 1865 in Niederoderwitz, eingetret. am 22. Dezember 1918 in Zittau.

Totenliste. Altenburg, S.-A. Berta Frommer, 70 Jahre, Altersschwäche.
Augsburg. August Wolf, Weber, 59 Jahre, Schlaganfall. Katharina Hahner, Spinnerin, 42 Jahre, Lungenleiden. Josef Majchel, Weber, 62 Jahre, Magenleiden. Josef Maier, Kutscher, 59 Jahre, Grippe.
Bernau. August Weber, Weber, 66 Jahre, Gehirnschlag.
Bietigheim. Max Wagner, Anseher, 38 Jahre, Lungenentzündung.
Chemnitz. Servatius Gantenberg, Weber, 76 Jahre. Hermann Gießen, Weber, 69 J. Carl v. Einern, Appretier, 64 Jahre. Walter Esser, Weber, 58 Jahre. Paul Wombächer, Weber, 57 Jahre. Albert Onfels, Färber, 52 Jahre. Johann Kessels, Weber, 47 J. Heinrich Jönger, 17 Jahre. Anna Werning, Flickerin, 37 Jahre.
Dresden. Paul Michael, Bleichereiarbeiter, 36 Jahre. Dresden. Ida Schmidt, Spinnerin, 62 Jahre. Meißen. Berta Kaulfuß, Zwirnerin, 22 Jahre, Birna.
Gelenau. Louis Bieweger, 56 Jahre, Krebs. Paul Liebmann, 51 Jahre, Schwindlucht.
Delmenhorst. Otto Oestmann, 26 Jahre, Lungenkrankheit.
Glauchau. Franz Bedert, 73 J. Grippe. Woldegar Kunze, 45 Jahre, Kriegsfolgen.
Göppingen. Johann Peiffer, Fabrikarbeiter, 45 J. Grippe.
Großröhrsdorf. Anna Reihig, Weberin, 28 Jahre, Herzschlag.
Großschöna. Anna Auguste Menzel, 62 Jahre, Lungenentzündung. Anna Kaufmann, 57 Jahre, Nierenleiden. Arth. R. Fröhlich, Honsdorf, 29 J. Drüsenvergrößerung. Anna M. Brecht, 42 Jahre, Lungenentzündung. Rosine Kutsch, Walterndorf, Gesichtstriebe.
Haagen. Amt Lörrach. Cornelius Kaiser, 57 Jahre, Grippe mit Lungenentzündung.
Hartth. Marie Lienhard, Treiberin, 23 Jahre, Grippe.
Heidenheim a. Brenz. Johannes Maier, Herbrechtingen, 36 J. Lungenentzündung. Karl Mühlberger, Mergelstetten, Weber, 58 Jahre, Lungenentzündung.
Helmbrechts. Franz Wankel, Lohnbuchhalter, 64 Jahre, Magenleiden.
Hüfswagen. Ernst Bornesfeld, Weber, 47 Jahre, Lungenleiden. Louis Kreher, Weber, 37 Jahre, Lungenleiden.
Kirchberg i. Sa. Karl Voigt, Weber, 67 Jahre, Gehirn-grippe.
Köln. Wilhelm Scheidt, Hilfsarbeiter, 65 Jahre, Valen-leiden. Elise Lohn, Weberin, 25 Jahre, ertrunken. Josef Riege, Hilfsarbeiter, 50 J. Tuberkulose. Leonhardt Esser, Schermeister, 72 Jahre, Magen-krebs. Sophie Müller, Arbeiterin, 26 Jahre, Wochenbettfeber.
Köln. Maria Gathen, Lungen-leiden.
Landeshut. Emilie Langer, Weberin, 42 Jahre, Gehirnschlag.
Lauban. Karl Mijsche, Mangelarbeiter, 73 Jahre, Lungenentzündung. Anna Tschente, Heimrührerin, 39 J. Grippe.
Langenbielau. Maria Tschöke, Strickerin, Wünschelburg, 63 J. Herzschlag. Gertrud Schen-scher, Spinnerin, 20 Jahre, Grippe u. Lungenentzündung. Paul Bannwitz, Spuler, 18 J. Grippe. Wilhelm Lorenz, Stuhlmacher, 54 Jahre, chron. Nieren u. Nervenl. Ida Andres, Weberin, 36 J. Kopfschmerzen. Hedwig Schnabel, Spulerin, Reugersdorf, 34 Jahre, Herz-lähmung. Anton Dinter, Spinnereiarbeiter, Friedrichs-heim, 64 Jahre, Grippe und Halsl. Wilhelm Gierke, Weber, 64 Jahre, Alters-schwäche. Adolf Eichner, And-reher, 53 Jahre, Grippe, Lun-gen- u. Luftröhrenentzündung. Paul Herzog, Färber, 15 Jahre, Gehirntrübungs.
Leipzig. Selma Horn, Ri-spinnerin, 25 Jahre, Lungen-trantheit.
Neumünster. Rosa Hub, Spin-nerin, 28 Jahre, Lungenent-zündung.
Neudamm. Clara Eling geb. Müller, Weberin, 25 Jahre, Grippe.
Neusalz. Friedrich Kensch, Ar-beiter, 57 Jahre, Magenkrebs. Niedersteina. Bernh. Kämpfer, Weber, 64 Jahre, Arterien-verkalkung.
Nordhorn. Dina Franke, Zett-lerin, 43 Jahre, Lungenent-zündung. Martha Waltherr, Nierenleiden, 24 Jahre, Lun-gen-leiden. Friedrich Schulz, Unter-meister, 65 Jahre, Bluthurz. Dhorn. Gerhard Friedrich, Ar-beiter, 33 Jahre, Herzschlag.
Ötzing. Anton Scholz, 56 Jahre, Lungenentzündung.
Pflaun i. B. Robert Karl Schmidt, Sieder, 57 J., Grippe. Frieda Anstätt, 23 Jahre, Stepperin, Influenza. Rosa Lina Geipel, Ausbesserin, 27 Jahre, Grippe. Emil Gustav Pfaff, 36 Jahre, Nierenleiden. Hermann Franz Kiefling, Weber, 53 Jahre, Grippe.
Reichenbach i. B. Robert Franke, 46 Jahre.
Schüttorf. Johann Lohrberg, Weber, 33 Jahre, Herzbeutel-entzündung. Dietrich Hedden-dorf, Weber, 22 Jahre, Grippe. Wihl Bödenfeld, Färberlei-arbeiter, 20 Jahre, Gehirn-entzündung.
Thalheim i. Erzgeb. Selma Förster, 70 Jahre, Lungen-entzündung.
Werdau. Bismilmine Berner, 63 Jahre, Altersschwäche. Ri-chard Otto, 69 Jahre, Lun-gen-entzündung.
Wittensdorf. Hugo Steinbach, 22 Jahre, Schwindlucht. Anna Neukner, 73 Jahre, Grippe.
Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, 24. Februar

Wirtschaftliche Beilage zum „Textilarbeiter“

Inhalt: Wirtschaftliche Uebersicht. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Januar 1922. — Die deutschen Gewerkschaften. (Mit graphischer Darstellung.) — Wochenbericht der Bremer Baumwollbörse. — Preisnotierungen der Industrie- und Handelsbörse Stuttgart. — Das Existenzminimum im Januar 1922. — Berichte aus Fachkreisen.

Wirtschaftliche Uebersicht.

Bis Ende Januar war die Lage durch eine erhebliche Unsicherheit gekennzeichnet. In mehreren Industrien trat Arbeitslosigkeit ein, die Eisen- und Metallverarbeitungsindustrie klagte über das Fehlen neuer Aufträge, das Baugewerbe kam infolge der neuerdings gewaltig gestiegenen Preise für alle Baustoffe fast völlig zum Erliegen. Auch in der Textilindustrie spürte man deutlich die Zurückhaltung der Käufer, vom Konsumenten, der auf eine weitere Marktbesserung und damit auf einen Rückgang der Preise hoffte, angefangen bis zu den Spinnereien, die sich mit Rohbaumwolle nicht früher eindecken wollten, bevor nicht die Konsumenten die höheren Preise für die Fertigerzeugnisse bewilligt hätten. Als bestimmender Faktor für diese Zurückhaltung wurde die ungelückte außenpolitische Lage bezeichnet. Nach den Verhandlungen von Cannes glaubte man, daß der Wiederaufbau der Wirtschaft ein schnelleres Tempo annehmen und daß man vor allen Dingen an die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete Osteuropas mit vereinten Kräften herangehen würde. Der Wechsel in der französischen Regierung hat diese Hoffnungen genützt; der jetzige Ministerpräsident Poincaré will erst genügende Sicherungen für die Ansprüche Frankreichs auf Wiedergutmachung haben, bevor die große Konferenz von Genua beginnen soll. In der Tat dürfte die Konferenz zunächst hinausgeschoben werden; ob sie überhaupt ein günstiges Ergebnis für die europäische Wirtschaft bringen wird, ist sehr zweifelhaft geworden. Eine Besprechung von Sachverständigen der Entente soll erst Klarheit darüber schaffen, welche Fragen auf der Konferenz von Genua zu erörtern seien. Inzwischen vergeht kostbare Zeit. In Rußland gehen Millionen Menschen zugrunde, weil die kapitalistische Welt nicht den Willen hat, sie vor dem Hunger zu retten; im übrigen Europa droht eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung.

In der Bewertung der deutschen Geldzeichen ist eine gewisse Stabilität eingetreten. Die Entwicklung der Preise für alle Waren bewegte sich dagegen noch immer auf aufsteigender Linie. Konnte man bisher noch von einem Inlands- und von einem Weltmarktpreise sprechen, so fällt diese Unterscheidung immer schneller fort. Auch wo die Produzenten, wie in der Landwirtschaft, die Rohstoffe nicht auf dem Weltmarkt einkaufen, und die Arbeitslöhne weit unter dem Niveau der volkstarken Länder stehen, haben doch die Preise für die Produkte fast Weltmarkthöhe erreicht. Die wichtigsten Lebensmittel kosten jetzt 25 bis 50mal soviel als vor dem Kriege. Bei Weizenmehl ist eine Steigerung um das Vierzigfache, bei Fleisch um das Dreißigfache, bei Schweinefleisch um das Fünzigfache eingetreten. Eier sind auf das Fünfundzwanzigfache und Kartoffeln in Industriegebieten bis zum Hundertfachen des Friedenspreises in die Höhe gegangen. Die Gesamtkosten für den Lebensbedarf betragen heute etwa das Fünfundzwanzigfache des Friedensstandes. Demgegenüber sind die Arbeitslöhne weit zurückgeblieben. Aus dieser Differenz allein erklärt sich das ungeheure Elend, unter dem die minderbemittelte Bevölkerung heute leidet.

Ende Januar war

eine Neubelebung des Geschäfts

zu verspüren. Sie wurde durch den Streik der Eisenbahnbeamten zum Stillstand gebracht. Wenn auch die Produktionsstilllegungen durch die Hemmung der Kohlenzufuhr keinen besonders großen Umfang annahmen, so traten doch in den verarbeitenden Industrien, besonders in den Textilgewerken, Störungen bei der Belieferung mit wichtigen Materialien ein, so daß allgemein über eine Behinderung des Geschäftsganges geklagt wurde. Es ist hier nicht der Platz, um über die Art der Durchführung der Streikbewegung durch die Beamtenorganisationen zu sprechen. Ohne Zweifel haben die Beamten unter der Leuerung nicht weniger schwer zu leiden als die Arbeiter, und daraus erklären sich die Sympathieumgebungen aus der Arbeiterchaft für den Kampf der Eisenbahnbeamten. Soviel darf aber bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Zusammenhänge gesagt werden, daß künftig solche großen Bewegungen, die das Interesse der gesamten arbeitenden Bevölkerung berühren, nur in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten geführt werden dürfen. Der Mißerfolg des Beamtenstreiks ist nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen, daß diese Verbindung bisher gefehlt hat und auch während des Kampfes nicht hergestellt worden ist.

Als im vorigen Jahre der Marktzug katastrophale Formen annahm, war die Befürchtung ausgesprochen worden, daß der Einkauf von Rohstoffen bald zur Unmöglichkeit werden und die deutsche Wirtschaft dadurch zum Erliegen kommen würde. Für die Textilindustrie ist diese befürchtete Folge nicht eingetroffen. Die Spinnereien und Webereien hatten sich noch bei höherem Marktzug auf lange Zeit hinaus eingedeckt; zum großen Teil waren sie in der Lage, ihre alten Zahlungsverpflichtungen mit Devisen, die sie im Auslande liegen hatten, zu erfüllen. Eine Zeitlang ist dann Deutschland auf den Märkten für Wolle und Baumwolle allerdings nicht mehr als Käufer aufgetreten. Inzwischen aber hatte sich die Anpassung der Warenpreise an die Steigerung der Preise für Rohstoffe vollzogen, so daß die Verbraucher von rohen Textilien auch zu den höheren Preisen Käufe vornehmen konnten. Auf den ausländischen Märkten treten deutsche Interessenten wieder in größerer Zahl als Käufer auf. Das läßt den Schluß zu, daß in deutschen Unternehmungskreisen

die Aussichten für die nächste Zeit

durchaus nicht ungünstig beurteilt werden. Beieinflußt wird die Lage der deutschen Textilindustrie auch dadurch, daß die englische Industrie mit dem Beginn einer Hochkonjunktur rechnet. So werden nach einer Meldung der „Morningpost“ Aufträge für deutsche Wollkammereien vorbereitet, da die Bradford Kammereien mit Aufträgen überlastet seien. Ausschlaggebend für die Vergabe englischer Aufträge an deutsche Spinnereien wird wohl die Tatsache sein, daß die Löhne in Deutschland wesentlich niedriger

sind als in England. Diese Meldung beleuchtet aber zugleich das Verhältnis, in dem die englische Textilindustrie zu der Textilindustrie der übrigen Welt steht. Wir erinnern uns, daß von den deutschen Nationalisten als einer der hauptsächlichsten Kriegsgründe die Furcht der englischen Unternehmer vor der deutschen Konkurrenz bezeichnet wurde. Wie steht es in Wirklichkeit damit? Im „Manchester Guardian“ hat ein bekannter englischer Baumwollfachmann, Sir Charles W. Macara, ehemaliger Präsident der internationalen Vereinigung der Baumwollspinner und Direktor eines großen Unternehmens, kürzlich folgende Ausführungen gemacht: „Es kann uns mit Vergnügen erfüllen, daß sich bei jedem Wiederaufleben des Handels die Welt zur Neuauffüllung ihrer Lager an England wenden muß. Die Spindelzahl Lancashires ist fast so groß wie die aller Baumwolle fabrizierenden Länder der Welt zusammen. Während die anderen Länder fast ausschließlich nur ihren eigenen Bedarf decken, ist England imstande, 80 Prozent seiner Baumwollproduktion auszuführen. Amerika, mit seiner doppelt so großen Bevölkerung wie England, konnte vor dem Kriege nur 5 Prozent seiner Baumwollfabrikate ausführen. Deutschland, Japan und Indien haben bei ihrer höheren Bevölkerungsziffer eine kleinere Anzahl Spindeln als wir benötigen, um allein unseren Inlandsbedarf zu decken. Großbritannien braucht für seinen einheimischen Bedarf 12 Millionen Spindeln, Deutschland verfügt nur über 10,5 Millionen und Japan etwa über 3 Millionen Spindeln. Zudem sind in Ländern, wie in Indien, China und Japan, für dieselbe Arbeitsleistung wie in England mehr Arbeitskräfte erforderlich; ein weiteres erschwerendes Moment in diesen Ländern ist der Umstand, daß die Kosten für den Bau und die Ausrüstung von neuen Spinnereien doppelt so hoch sind, als hierzulande. Es kann also nur tendenziös sein, wenn man von einer Gefährdung der englischen Baumwollindustrie durch andere Länder spricht.“

Auch in den Fachblättern der deutschen Textilindustrie werden jetzt die Aussichten ziemlich optimistisch beurteilt. Einige Wochen lang waren die Aufträge allerdings ausbleiben. Aber sehr viele Fabriken hatten noch alte Bestellungen aufzuarbeiten, die die Beschäftigung bis ins Frühjahr hinein sicher stellten. Nur in der Strumpf- und Handschuhindustrie geriet der Inlandsbedarf völlig ins Stocken, dafür ist man aber dort um so stärker für das Ausland, besonders für Amerika beschäftigt. Auch die Seidenindustrie klagt über schlechten Geschäftsgang, der auf die maßlos gestiegenen Preise für Rohseide zurückgeführt wird. Auf der anderen Seite herrscht in der Erzeugung von Kunstseide ein so lebhafter Betrieb, daß die damit beschäftigten Unternehmungen auf lange Zeit hinaus trotz der hohen Preise keine Sorge um den Absatz zu haben brauchen. Das gleiche trifft auf die Webereien zu, die sich mit der Verarbeitung von Kunstseide befassen. Auch hier ist die Nachfrage, auch aus dem Auslande, so groß, daß sie durch die Produktion nicht gedeckt werden kann. Im Allgemeinen läßt sich

die Lage in der Textilindustrie

so kennzeichnen, daß jetzt Bestellungen für Frühjahr und Sommer einkaufen, wodurch im Zusammenhang mit den noch auszuführenden alten Aufträgen eine neue Warenknappheit eingetreten ist. Mit der Winterversorgung halten sich Produzenten wie Abnehmer zurück. Die Neumusterung steckt diesmal noch in den ersten Anfängen, während man früher um diese Zeit die Herbst- und Winterkollektionen schon fertig hatte. Nur die Konfektion beginnt vorsichtig mit der Eindeckung. Sonst aber wird überall noch große Zurückhaltung geübt.

Aus einigen der wichtigsten Industriebezirke gibt die Fachpresse folgende Berichte: Im Gera-Gröizer Textilbezirk hat sich die Lage zugunsten der Industrie geändert. Immer mehr Aufträge werden trotz der jetzigen hohen Preise untergebracht und dabei wird nicht auf Verzögerung gedrängt. Besonders in Gabardine sind bereits sehr beachtliche Aufträge eingegangen und es folgen ihnen täglich weitere. Mit dem Einkauf von Stoffen für Herbst und Winter sind die Käufer sehr zurückhaltend. In den niederrheinischen Spinnereien hat sich der Verkehr wieder erheblich günstiger gestaltet. Anfang Februar sind an einzelnen Tagen mehr Abschlässe zustande gekommen als im ganzen Monat Dezember zusammengekommen. Die Baumwollabfall-Spinnereien können viele und auch größere Käufe durch Webereien verzeichnen. In den Imitat- und Fancy-Spinnereien ist eine wesentliche Zunahme des Auftragsbestandes zu verzeichnen. In der Bocholter Textilindustrie lagen die Verhältnisse bis Ende Januar noch ziemlich ungünstig. Seitdem sind auch hier größere Aufträge eingegangen, die Fabrikanten kommen nicht zu Lager, der persönliche Einkauf nimmt wieder größeren Umfang an. Im Meraner-Glauchauer Bezirk wird der Geschäftsgang als ununterbrochen strotzend geschildert. In der Hauptachse arbeiten die Fabrikanten an der Fertigstellung der Sommerware, der größte Teil der Bestellungen ist noch im Rückstande. In der Laubanner Taschentuchindustrie hat sich die Geschäftslage nach vorübergehendem Stillstand wieder gebessert. In großer Zahl treffen Einkäufer bei den Fabriken ein. Auch im laufenden Jahre dürfte Warenknappheit herrschen. Einige Firmen haben ihre Produktion für das ganze Jahr verkauft. In der Plauener Industrie herrscht noch ruhigere Stimmung, da die Verteuerung des Materials ungünstig auf den Absatz, besonders für Spitzen einwirkt. Größerer Bedarf wird in gestickten Roben gemeldet. Starke Nachfrage herrscht in Damenkleiderstoffen, wie sie hauptsächlich in Forst und Rheinberg hergestellt werden.

Zusammenfassend kann man also annehmen, daß trotz der ungewissen Aussichten auf politischem Gebiete

eine neue Haufe in der Textilindustrie

hervorsticht. Die Lager der Großisten sind entweder ganz geräumt oder nur teilweise gefüllt. Die Detailisten verfügen gleichfalls nur noch über geringe Bestände. Es wird jetzt alles darauf ankommen, ob der inländische Markt aufnahmefähig genug ist, um eine anhaltende Belebung der Textilindustrie zu ermöglichen. Wenn auch im zweiten Halbjahre 1921 vor allem von den besitzenden Kreisen viel gekauft worden ist, so herrscht doch ohne Zweifel bei der Bevölkerung noch ein außerordentlicher Mangel an allen Kleidungsstücken. Und es zeugt nur von der Kurzsichtigkeit des Unternehmertums, wenn es die Arbeiterchaft an der Eringung menschenwürdiger Löhne hindert. Gerade für die Textilindustrie ist es von hoher Bedeutung, daß die arbeitende Bevölkerung wieder so entlohnt wird, daß sie nicht nur den nackten Hunger stillen, sondern sich mit alledem versehen kann, was der

Mensch für Kleidung und Haushalt braucht. Der bekannte Baumwollwarenfabrikant Benas Levy, der auch sachliterarisch tätig ist, beurteilt die Lage folgendermaßen: „Unsere deutschen Webereien arbeiten flott, sind aber nicht in der Lage, den großen Bedarf Deutschlands an Baumwollwaren zu decken, zumal sich nach dem Kriege noch niemals ein Stock angeammelt hat. Erst dann, wenn es gelingen wird, wieder größere Vorräte an Baumwollstoffen zu sammeln und das Angebot in ein richtiges Verhältnis zur Nachfrage und zum Bedarf zu setzen, wird es möglich sein, normalere Zustände in der Textilbranche zu schaffen. Bis dahin wird eine steigende Tendenz immer mehr vorherrschen, wenn nicht etwa die Erledigung der Reparationsfrage alle Berechnungen über den Hausen wirft.“

Es sei schließlich noch bemerkt, daß auch in der deutschen Textilindustrie, wie früher schon in zahlreichen anderen Industrien, die

Zusammenballung einzelner Betriebe zu großen Unternehmungen

ein immer schnelleres Tempo annimmt. Der Süddeutsche Spinnwebverband, mit dem sich in Stuttgart, mag noch eine lose Zusammenfassung darstellen. Ihm sind sieben Spinnereien und Webereien in Baden und Württemberg angeschlossen, die gemeinsame Verkaufskontore unterhalten. Festerer Verbindungen sind schon die Nähgarnfabrikanten eingegangen. Auf dem Wege zum Konzern befinden sich andere Unternehmungen wie Tittel und Krüger in Leipzig, die „Tiag“, die Fabriken in Barmen, Gierath und M.-Gladbach unterhält, die Baumwollspinnerei Singen, die sich mit der Baumwollweberei Held u. Teufel in Rottweil zu einer Firma vereinigt haben. Besonders bemerkenswert aber ist eine Trustbildung, die vom Handel ausgeht und an zwei Beispielen beleuchtet werden mag. So hat die Firma Gebrüder Simon in Berlin, die größte deutsche Händlerfirma, die bisher schon eigene Konfektion in Sachsen betrieb, sich jetzt mehrere Webereien angegliedert. Umfangreicher ist die Ausdehnung des Karstadt-Uthoff-Konzerns, der aus einer Reihe von Warenhäusern in Nordwestdeutschland, in Rheinland-Westfalen und in Sachsen hervorgegangen ist. Dieser Konzern betreibt bereits eigene Herren-, Damen-, Schürzen- und Wäschekonfektion, Pelzwaren und Gardinenfabrikation, Roh- und Buntwebereien. Die Vorteile dieser Zusammenfassungen in betriebstechnischer und kaufmännischer Hinsicht liegen auf der Hand. Der Zwischenhandel wird zum Teil ausgeschaltet, die Frachten verbilligt, der Einkauf konzentriert, der Verkauf gleichmäßig überwacht. Freilich kommen diese Vorteile nur dem beteiligten Kapital zugute, nicht aber der Allgemeinheit.

So zeigt sich uns in der Gesamtwirtschaft wie auch im besonderen in der Textilindustrie ein Bild, das die größte Aufmerksamkeit und die entschlossene Bereitschaft der Arbeiter erfordert, wenn sie nicht das Opfer aller dieser Entwicklungstendenzen, die zwar teilweise noch unübersichtlich und unklar sind, insgesamt aber doch zur höchstmöglichen Ausdehnung des Kapitalismus streben, zum Opfer fallen will.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Januar.

Nach dem uns vorliegenden Endresultat über die Januarzählung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist zu konstatieren, daß die Hochkonjunktur langsam von einem ruhigeren Beschäftigungsgrade abgelöst wird.

Beides, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, ist im Steigen begriffen. Die Anzahl der von Kurzarbeit betroffenen Kollegen und Kolleginnen ist gegen den Vormonat um 1 Prozent gestiegen, von 0,6 auf 1,6 Prozent; ist also beinahe dreimal so groß wie im Dezember 1921.

Berichterstattung.

Die Berichterstattung beträgt 96 Prozent. Der Stichtag fiel gerade in die Zeit des Eisenbahnstreiks, der ein rechtzeitiges Herankommen der Meldeliste beeinträchtigte. Wir wandten uns deshalb telephonisch an das Reichsamt für Arbeitsvermittlung, um eine Verlängerung der Ablieferungsfrist des Gesamtzählergebnisses für einige Tage zu erwirken. Das wurde uns zugewilligt. Da wir nach Aufnahme des Eisenbahnverkehrs sofort unsere Mahnungen zur Einendung der Zählarten ins Land schickten und annahmen, daß die Meldelisten alle schon ausgefüllt seien und nur auf Beförderung warteten, hofften wir, diesmal eine reifliche Erfassung aller Filialen und Mitglieder verzeichnen zu können. Es war ein vergebliches Hoffen. Von Filialen mit über 1000—5000 Mitgliedern haben nicht berichtet: Göttingen, Markredwitz, Böhmek, Kirchbau, Landsberg, Markredwitz, Markredwitz, Böhmek, Kirchbau, Landsberg, Markredwitz, Kirchbau und Böhmek noch ein, deren Angaben aber keine Verwendung mehr finden konnten, da der Bericht an das R. f. A. schon abgeschickt war. Berichtet haben von 383 Filialen 326. Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt:

männliche	228 189
weibliche	435 345
zusammen:	663 534

383 Filialen

Berichtet haben:

männliche	219 857
weibliche	416 842
zusammen:	636 699

326 Filialen

Die Zunahme an Mitgliedern beträgt 6685. Wir zählten am Dezember-Stichtage 656 849 Mitglieder.

Arbeitslosigkeit:

Arbeitslos sind gemeldet 1636 männliche, 2930 weibliche, zusammen 4566 Mitglieder (0,7 Prozent). Im Dezember waren insgesamt 3124 Mitglieder arbeitslos (0,5 Prozent). Demnach stieg die Zahl der Arbeitslosen um 1442. Obgleich die Anzahl der von Arbeitslosigkeit Betroffenen im Verhältnis zur Gesamtmitgliedschaft nicht allzu groß ist, sind aber die Kollegen und Kolleginnen, die keine Arbeit haben, angesichts der furchtbaren Leuerung noch viel mehr in ihren Lebensbedingungen beeinträchtigt als die, welche sich in voller Beschäftigung befinden, die bekanntlich auch nicht auf Kosten gebettet sind. Hoffen wir, daß es uns bemeinst gelingen möge, dahin zu kommen, daß solche Krisen, wie die jetzt langsam einsetzende, durch eine zielbewußte Welt- und Planwirtschaft vermieden werden können.

Kurzarbeit.

Die Zahl der kurzarbeitenden Betriebe stieg von 139 im Dezember auf 196 im Januar; die Gesamtzahl der Kurzarbeiter von 3959 (0,6 Prozent) auf 10 051 (1,6 Prozent). Es arbeiten vorläufig: 4213 männliche und 5838 weibliche Mitglieder.

Die Zahl der Betriebe und Kurzarbeiter verteilt sich auf die einzelnen Gruppen wie folgt:

Es arbeiten verfährt um:

1-8 Stunden	118 Betriebe mit 2434 männlichen 3991 weiblichen
9-16 "	42 " " 758 " 798 "
17-24 "	29 " " 476 " 788 "
25 u. mehr "	7 " " 545 " 261 "

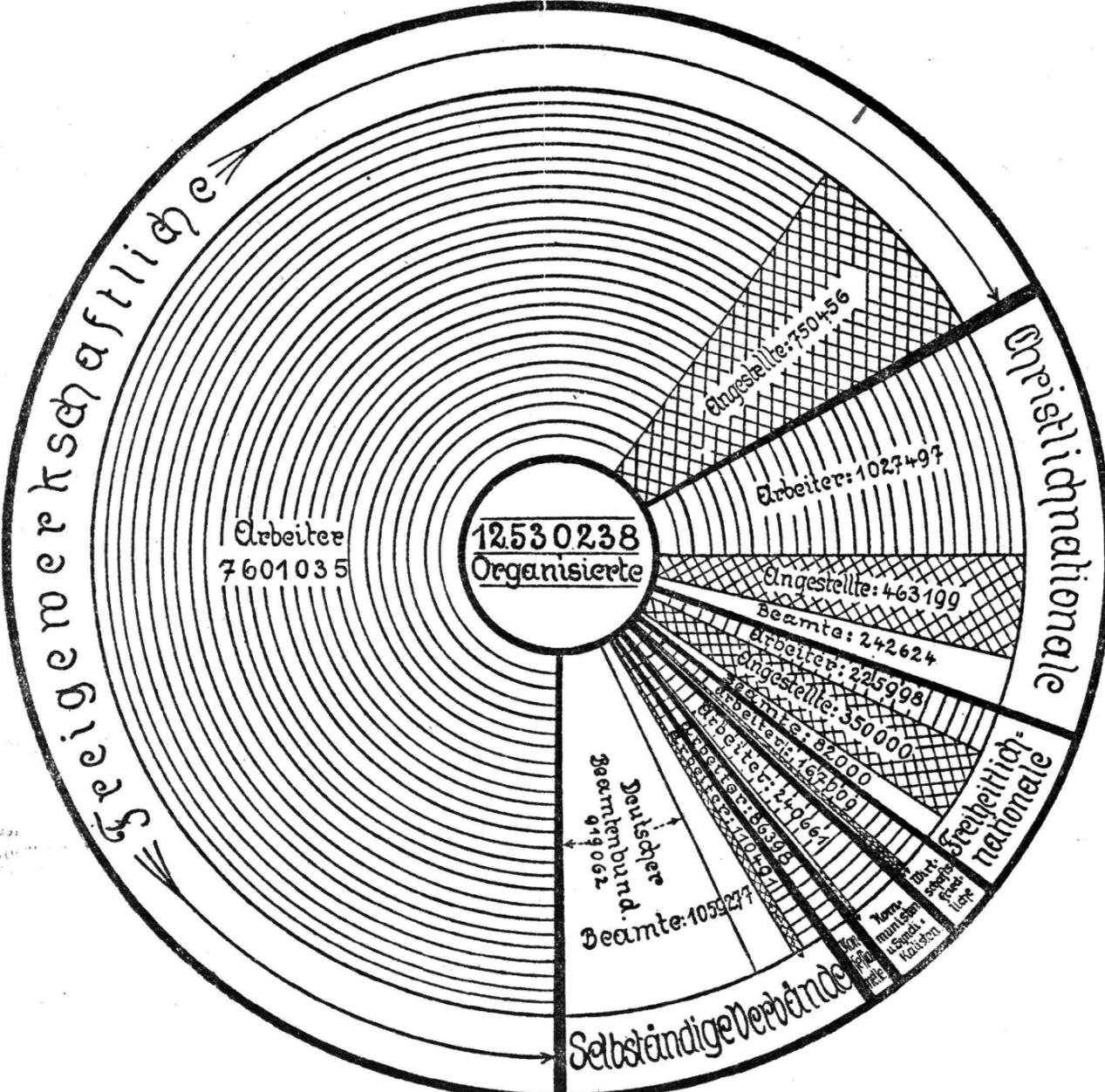
zusammen: 196 Betriebe mit 4213 männlichen 5838 weiblichen
 zusammen 10 051 Verbandsmitgliedern. In sämtlichen Gauen ist ein größeres Umschlagreifen der Kurzarbeit zu verzeichnen. Nur der Gau Gera meldet weniger Kurzarbeiter, 8 gegen 30 im Vormonat. Von den einzelnen Gauen hat Berlin prozentual die höchste Anteilziffer an der Kurzarbeit: männliche 5,2 Prozent, weibliche 2,2 Prozent, zusammen 3,2 Prozent, während der Verbandsdurchschnitt: männliche 1,9 Prozent, weibliche 1,4 Prozent.

zusammen 1,6 Prozent beträgt. Auch in den Gauen Barmen, Augsburg und Dresden ist ein starkes Anschwellen der Zahl der Kurzarbeiter zu verzeichnen. Der Gau Barmen hatte im Dezember 52 männliche, 168 weibliche, zusammen 220 Kurzarbeiter gemeldet. Diesmal sind es 1245 männliche = 3,3 Prozent, gegen 0,1 Prozent im Vormonat, 1009 weibliche = 2,4 Prozent, gegen 0,4 Prozent zusammen 2254 = 2,8 Prozent, gegen 0,3 Prozent. Ähnlich ist das Bild im Gau Augsburg, wo die Zahl der Kurzarbeiter von 171 (38 männliche, 133 weibliche) = 0,9 Prozent, auf 1189 = 2,5 Prozent gestiegen ist. Nur der Gau Kassel geht noch mit seiner Beteiligung an der Kurzarbeit über den Verbandsdurchschnitt hinaus. 1,8 Prozent seiner Mitglieder arbeiten verfährt. Die übrigen 5 Gauen erreichen den Verbandsdurchschnitt (1,6 Prozent) nicht. Die diesbezüglichen Tabellen werden im Mitteilungsblatt veröffentlicht werden.

Berichterstattung für die Vormonate werden hier für die Vorkriegszeit angeführt: Kind 1,75 M., Frau 2,80 M., Mann 3,50 M.)

	Preis	Preis
	Januar 1922	Januar 1914
	Pf.	Pf.
2050 Gramm Brot (rationiert)	800	50
250 " Roggenmehl	230	7
250 " Haferfloren	305	13
2500 " Kartoffeln	660	13
1000 " Gemüse	280	10
125 " Margarine	585	20
250 " Zucker	330	12
1 Liter Milch	610	23
Zusammen für ein 6-10jähr. Kind	3800	148
250 Gramm Brot (freier Handel)	200	6
250 " Graupen	335	10
250 " Speisebohnen	300	11
1000 " Kartoffeln	265	5
1500 " Gemüse	420	15
250 " Rindfleisch	975	56
125 " Speck	820	23
125 " Margarine	585	20
Zusammen für eine Frau	7700	294
500 Gramm Reis	775	22
250 " Erbsen	315	10
125 " Speck	820	23
250 " Salzheringe	175	13
125 " Margarine	585	20
Zusammen für einen Mann	10370	382

Die deutschen Gewerkschaften



Diese graphische Darstellung — entnommen der Nr. 1 des „Reichs-Arbeitsblatts“ 1922 — zeigt die Stärke der deutschen Gewerkschaften. Fast drei Viertel der organisierten Hand- und Kopf- arbeiter Deutschlands gehören den freien Gewerkschaften an. 7 601 035 Arbeiter sind organisiert in den 50 Verbänden, die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angehören. Der Allgemeine freie Angestelltenbund zählt in seinen 12 Verbänden 750 456 Mitglieder. (Diese wie alle anderen Zahlen beziehen sich auf den Stand am Ende des Jahres 1920). Alle anderen Gewerkschaftsgruppen zusammen organisieren nur 4 208 647 Arbeiter, Angestellte und Beamte. Die Christen mit dem Übergewicht der Handarbeiter sind unter den sechs Gruppen die stärkste. Ihnen folgen die selbständigen Dr-

ganisationen, unter denen die der Beamten die mächtigsten sind. Neben den 110 491 Arbeitern gibt es in dieser Organisationsgruppe noch 94 167 Angestellte. Hinter dieser Organisation rangieren die Hirsch-Duncker'schen, die hier als „Freiheitliche nationale“ bezeichnet sind. Die Kommunisten und Syndikalistikern organisieren neben den angegebenen 240 661 Arbeitern noch 6231 Angestellte. Bei den Wirtschaftsfriedlichen finden wir neben den Arbeitern noch 48 433 Angestellte und 4762 Beamte. Bei der letzten Gruppe, den Konfessionellen, gibt es nur 86 398 Arbeiter. 12 530 238 gewerkschaftlich Organisierte gibt es in Deutschland. 8 351 491 davon gehören den freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen an, die sich seit dem 12. April 1921 in einem Kartellverhältnis befinden.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von 100 M., für die Heizung ein Zehner Britetts und für Beleuchtung sechs Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Kostenbedarf für Wohnung 11 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 27,80 M. (1,15 M.), für Beleuchtung 15 M. (0,75 M.). Für Bekleidung, d. h. für Bekleidung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 55 M. (2,50 M.), Frau 37 M. (1,65 M.), Kind 18 M. (0,85 M.). Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche-reinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 25 Prozent (1913/14: 25 Prozent) machen müssen. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
	M.	M.	M.
Ernährung	104	181	257
Wohnung	11	11	11
Heizung, Beleuchtung	43	43	43
Bekleidung	55	92	128
Sonstiges	53	81	109
Januar 1922	266	408	548
Dezember 1921	271	417	557
Januar 1921	152	231	320
Januar 1920	114	167	220
August 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate der Jahre 1920 und 1921 vgl. mein Buch „Vor der Revision“, Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin 1922). Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im Januar 1922 für einen alleinstehenden Mann 44 M., für ein kinderloses Ehepaar 68 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 91 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 13 900 M., für das kinderlose Ehepaar 21 300 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 28 600 M. Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum Januar 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 266 M., d. h. auf das 15,9fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 408 M., d. h. auf das 18,3fache für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 548 M., d. h. auf das 19fache. In dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Marktlage jetzt annähernd 6 Pf. wert.

Wochenbericht der Bremer Baumwollbörse.

Bremen, 11. Februar. Unter dem Einfluß des Eisenbahnerstreiks blieb das Geschäft ziemlich ruhig.

Notierungen vom 10. Februar 1922:
 Amerikanische Baumwolle. Preise in bar ohne Abzug, Mark für 1 Kilogramm)

Middl. fair	Full good middl.	Good middl.	Full middl.	Middl. ting	Full low middl.	Low middl.	Full good ordinary	Good or binary	Op binary
87,10	84,10	81,90	79,70	77,10	73,10	69,10	66,80	62,50	57,00

Notierungen der letzten Woche:
 American fully middling, good 4./2. 6./2. 7./2. 8./2. 9./2. 10./2.
 color and staple, loco 1 Uhr 82,40 82,— 81,40 79,70 78,50 79,90
 6 Uhr nachmittags 81,10 80,30 79,40 79,30 79,70

Preisnotierungen der Industrie- und Handelsbörse Stuttgart am 1. Februar.

Stuttgarter Verkaufsbedingungen: Garne: ab Fabrik, zahlbar netto Kasse ohne Skonto bei Fakturaempfang. Gewebe: ab Fabrik, zahlbar netto Kasse ohne Skonto innerhalb 30 Tagen nach Rechnungsdatum.

Baumwollgarne:

Nr. 20 engl. Troffel-, Warp- und Pincops	135-140	Mark das Kilo
Nr. 30	167-172	" "
Nr. 36	170-175	" "
Nr. 42	Pincops	172-177
Nr. 44	"	174-179

Baumwollgewebe:

92 cm glatte Kattune oder Croisé (19/18 pro 1/4, franzöf. Zoll) aus 36 42.r 20,00-20,50 Mark das Meter
 88 cm Cretonnes (16,16 pro 1/4, franzöf. Zoll) aus 20/20er 23,00-23,50 Mark das Meter
 88 cm Renforcés (18/18 pro 1/4, franzöf. Zoll) aus 30/30er 22,00-22,50 Mark das Meter

Das Existenzminimum im Januar 1922.

Von Dr. R. Kuczynski. (Nachdruck verboten.)

Infolge der starken Ermäßigung der Einkommensteuer waren die Kosten des Existenzminimums im Januar trotz Steigerung zahlreicher Preise etwas niedriger als im Dezember. Teurer als im Januar 1921 waren vor allem Brot, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Gemüse, Milch. Der Berichtsmonat war der erste, in dem hier nur Brot an die Gesamtbevölkerung verteilt wurde. Es kostete 16mal soviel wie im Januar 1914. Für die meisten nicht rationierten Lebensbedürfnisse war die Preissteigerung noch wesentlich größer. Gas kostete 20mal soviel wie vor acht Jahren, Britetts 24mal soviel, Milch und Zucker 27mal soviel, Margarine 29mal soviel, Reis 35mal soviel, Speck 36mal soviel, Kartoffeln 51mal soviel.

Beziffert man den wöchentlichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 11 200 Kalorien, den einer Frau auf 16 800 Kalorien und den eines Mannes auf 21 000 Kalorien und beschränkt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 38 M., für eine Frau auf 77 M., für einen Mann auf 104 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Januar 1914 für ein Kind 1,48 M., für eine Frau 2,94 M., für einen Mann 3,82 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor acht Jahren billiger, weil z. B. billiges frisches Fleisch und billige Kartoffeln damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung standen. Im Einklang mit der

Berichte aus Fachkreisen.

Buzan. In unserer Generalversammlung am 12. Februar gab nach dem Jahres- und Kassenbericht Kollege Kaltenegger einen Ueberblick über unsere Lohnbewegung, womit er gerechte Empörung bei den Mitgliedern darüber auslöste, daß die Arbeitgeber noch eine dritte Ortsklasse einführen wollen. Es wurde gewünscht, daß der Verband alles daran setze, um dem Textilkapital Löhne abzugewinnen, die zum Leben leidlich ausreichen. — Dann folgten die Wahlen.

Gelenau. Kollege Luis Bieweg, eines unserer Ältesten und eifrigsten Mitglieder, ist im Alter von 56 Jahren der Krebskrankheit erlegen. Er hat, seit 1899 Mitglied, dem Verbands auch trotz mannigfacher Verfolgung stets die Treue bewahrt. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Eberbach i. Bad. Am 24. Januar fand die diesjährige Generalversammlung der hiesigen Filiale unseres Verbandes statt, welche ziemlich gut besucht war.

Kassirer Koll. Löb gab den Kassenbericht vom letzten Quartal bzw. vom letzten Jahr. Hierauf erstattete der Vorsitzende, Kollege Giehl, den Tätigkeitsbericht vom vergangenen Jahr, in welchem auf Grund der immer neu auftretenden Teuerungswellen lange Lohnverhandlungen geführt werden mußten, bei welchen es einmal zu einer Arbeitseinstellung von drei Stunden und einmal zu einem zweitägigen Streik gekommen ist. Die Lohnverhältnisse sind aber noch lange nicht in dem Rahmen, in den sie hineingehören. — Es folgten dann die Wahlen, die auf den alten Vorstand fielen. Sodann wurde der noch als wichtiger auf der Tagesordnung stehende Punkt Lohnforderung zur Abwicklung gebracht. Der Vorstand schloß mit der Mahnung an die Mitglieder, noch enger zusammenzutreten und alle gegenseitigen Reibereien zu unterlassen, um dem Unternahmerium geschlossen entgegenzutreten zu können, die Versammlung.

Ohlingen. Die Jahresgeneralversammlung der hiesigen Filiale am 13. Januar im Paradies war nur mäßig besucht. Schriftführer Morlok gab den Jahresbericht. Er führte aus, daß der Tarif am 1. Februar vorigen Jahres laut Beschluß einer Gaukonferenz vom 22. und 23. Januar zum 12. März gekündigt wurde. Die Verhandlungen führten zu keiner Einigung. Die ganze Sache wurde dem Schlichtungsausschuß überwiesen. Derselbe fällt einen Schiedspruch, nach welchem sämtlichen Arbeitnehmern eine 5 prozentige Lohnerhöhung zugute kommen sollte. Die Unternehmer lehnten den Spruch ab, worauf von Arbeitnehmerseite das Arbeitsministerium angerufen wurde. Das Arbeitsministerium war nicht in der Lage, eine Verbindlichkeitserklärung für den Schiedspruch abzugeben. So wurde die Sache weitergeschleppt bis 17. August, und von da an fanden nun weitere Verhandlungen statt, von Organisation zu Organisation. Die Unternehmer machten ein Angebot: durchschnittlich 60 Pf. pro Stunde, was aber von unseren Vertretern als unannehmbar abgelehnt wurde. Die Unternehmer machten nochmals ein Angebot, das bis zu 1,27 M. ging. Das Ergebnis wurde von den Arbeitnehmern angenommen, unter der Bedingung, daß bei weiterer Steigerung von Lebens- und Bedarfsartikeln in weitere Verhandlungen einzutreten sei. Der Tarifentwurf ist nun immer noch nicht fertig. — Es folgte dann der Kassenbericht und die Wahlen.